Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 16. März 1927 — Nummer 63

Arbeitszeitgesetzschwindel

Unbeschränkte Ueberstunden

Berlin, 16. März. Wie die Tägliche Rundschau berichtet, ist nunmehr innerhalb der Regierungsparteien die Verständigung über das Arbeitszeitnotgesetz so gut wie gesichert. Das Blatt schildert: „Es werden auf der einen Seite die Bestimmungen über die Mehrarbeit, die bisher im Paragraphen 11 Absatz 3 der Verordnung vom November 1923 enthalten waren und in der Regierungsvorlage weggefallen sind, in einer anderen Form im Paragraphen 10 der Regierungsvorlage übernommen werden." Nach dem Kompromiß der Regierungsparteien **können nunmehr freiwillige Ueberstunden in unbeschränkter Zahl weiterhin geleistet werden.** Der Einfluß der Rechtsparteien hat nunmehr den Paragraphen 11 wieder hergestellt. Der Schwindel des Arbeitszeitnotgesetzes muß jetzt endgültig erledigt sein. Jeder Arbeiter muß einsehen, daß der Achtstundentag nur durch Kampf zurückerobert werden kann. Es geht jetzt darum, die Aufnahme des Kampfes durch die freien Gewerkschaften zu erzwingen.

•

Der Kampf der Arbeiter für 8-Stundentag und Lohnerhöhung

Die Eisenbahner gegen das Schandgesetz

Düsseldorf. Die am 11. März stattgefundene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Opladen des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat zu der Lohn- und Arbeitszeitfrage Stellung genommen und stellt in einer einstimmig angenommenen Resolution fest, daß bedauerlicherweise der ADGB es bisher unterlassen hat, ernstlich den Versuch zu unternehmen, die von den Gewerkschaftsfunktionären anläßlich der ADGB-Kampagne für den Achtstundentag in Essen und Köln gefaßten Beschlüsse, den Kampf gegen die Ueberstundenmißwirtschaft und für den Achtstundentag zu organisieren, durchzuführen. Die Folge hiervon war, daß in den Lohn- und Arbeitszeitkonflikten der letzten Wochen Schandschiedsspruch über Schandschiedsspruch gefällt und von den einzelnen freigewerkschaftlichen Organisationen kampflos hingenommen wurden. Die organisierten **Werkstättenarbeiter** der Hauptbetriebswerkstätte Opladen **verlangen in erster Linie Einführung des starren achtstündigen Arbeitstages, Ablehnung** der von der Reichsregierung dem Reichsrat **zur Beschlußfassung** vorgelegten **Gesetzentwurfes gegen den Achtstundentag und in Anbetracht der gesteigerten Lebenshaltungskosten sowie der bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Mietsteigerung** eine 20prozentige **Erhöhung der Arbeitslöhne.** Des weiteren fordern sie die Beseitigung der Dienstdauervorschriften **und der** 3, 4, 6, 7 und 8. Lohngruppe und die sofortige **Einstellung** des Personalabbaus durch die **Reichsbahndirektion.**

•

Vor einem Kampf der Lederarbeiter

Hamburg. Die **Bezirkskonferenz des** Lederarbeiterverbandes beschloß, den Manteltarif zum 31. März zu kündigen. Weitgehende Beschränkung der Ueberstunden, Ausdehnung des Urlaubs und 25prozentige Lohnerhöhung sind die Hauptforderungen der Lederarbeiter.

•

Lohnkampf der Textilarbeiter

Hamburg. Die Unternehmer der Textilindustrie im Unterelbegebiet, allen voran Calmon, Sternwollspinnerei, Löwenberg und Rehmachereinkaufsgenossenschaft, weigern sich mit aller Entschiedenheit, die vor dem Hamburger Schlichter am 14. Febr. vereinbarten Akkordzuschläge und Lohnsätze zu zahlen. Alle Versuche seitens der Organisation, in Verhandlungen sie dazu zu bewegen, sind gescheitert. Ein typisches Zeichen, wie die Unternehmer Vereinbarungen bewerten. **Die Belegschaften der genannten Firmen haben nun an diese ein Ultimatum gestellt.** Falls bis zum 15. bzw. 16. und 17. März die Lohnvereinbarungen von den genannten Unternehmern nicht durchgeführt werden, treten deren Belegschaften in den Streik.

•

Die Arbeiter verweigern die Ueberstunden

Hamburg. Eine Mitgliederversammlung der in der Hamburger Darmbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter hat beschlossen, **das Lohnabkommen zu kündigen.** Den Unternehmern wurde als Hauptforderung ein Spitzenlohn von 50 M. unterbreitet. Während der Lohnbewegungen werden jegliche Ueberstunden verweigert.

•

10 000 Metallarbeiter im Kampf

Bremen. Außer den Werftbetrieben befinden sich auch die Landbetriebe und Silberwarenfabriken in einer **Lohnbewegung.** Insgesamt sind somit 10 000 Metallarbeiter daran beteiligt. Für die Landbetriebe wird eine jämmerliche **Lohnerhöhung von** 6 Prozent gefordert. Außerdem werden Arbeitszeitverkürzung und andere tarifvertragliche Aenderungen verlangt. **Die Verhandlungen** für die Landbetriebe **haben bereits begonnen.** Welche Forderungen für die Werftbetriebe **aufgestellt sind, wird** bisher verschwiegen, obwohl auch für diese **die Verhandlungen** auf den 15. März angesetzt sind.

•

Schiedsspruch in der Solinger Stahlindustrie

Solingen. Die Solinger Lohnverhandlungen vor dem Schlichter ergaben eine Einigung **auf der Grundlage des** bereits veröffentlichten Schiedsspruches. Eine Verbindlichkeitserklärung erübrigte sich. Die Verhandlung über die Arbeitszeitfrage steht noch aus, da die Unternehmer **die geforderte 46-Stundenwoche** ablehnen.

•

Aussperrung im Radiatorenwerk

Neuß. Die 70 Mann starke **Gießereiabteilung** der Radiatorenwerke (400 Mann Belegschaft) wurde ausgesperrt, weil sie nach acht Stunden die Arbeit niederlegte.

•

Vor den Verhandlungen der Bergarbeiterinternationale

Berlin. Am 16. März beginnen in Berlin die Verhandlungen des Ausschusses des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Den Verhandlungen wird insbesondere auf englischer Seite aber auch nicht minder von seiten der deutschen Bergarbeiter großes Interesse **entgegengebracht, weil es sich** hauptsächlich um die Haltung des internationalen Sekretärs Frank Hodges im englischen Bergarbeiterkampf handelt. Wie bekannt, richtet sich die Auffassung nicht nur der englischen Bergarbeiter, sondern auch ihres Verbandes gegen Frank Hodges, **weil er** entgegen den wiederholt gefaßten Beschlüssen der Bergarbeiter-Exekutivsitzungen **nicht alle Hilfsmittel für den siegreichen Verlauf des englischen Bergarbeiterkampfes einsetzte.**

•

Mutiger Kampf der polnischen Textilarbeiter

Warschau, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Haltung der Arbeiterschaft im polnischen Textilarbeiterstreik ist trotz unerhörten Elends vortrefflich. Sie drängt weiterhin auf Ausbreitung des Streiks auch auf andere Industrien. Die Polizei nimmt Massenverhaftungen von Kommunisten vor, um zu verhindern, daß diese in die Streikleitung gewählt werden.

Konjunktur und Achtstundentag

E.L. Die deutsche Großbourgeoisie verzeichnet sorgfältig die Fortschritte der Konjunktur, die sich ihr in klingenden Dividenden, in wachsenden Profiten umsetzen.

Die Leipziger Frühjahrsmesse, wenn sie auch den Umfang und die Bedeutung aus der Zeit vor dem Kriege bei weitem nicht erreicht hat, und wohl auch infolge der wachsenden Konkurrenz gerade für Massenwaren. Waren der Fertigindustrie auf dem Weltmarkt wie infolge der zunehmenden Verödung des Inlandmarktes nicht so bald wieder erreichen wird, hat immerhin, verglichen mit den letzten Messen, eine Besserung gezeigt. Die bürgerliche Wirtschaftspresse ist „im großen und ganzen" mit der Messe zufrieden.

Nach den Abschlüssen der großen Montankonzerne im Westen, nach den Abschlüssen der beiden großen Elektrizitätskonzerne Berlins mit ihren gegen das Vorjahr vervielfachten Ueberschüssen und ihren erhöhten Dividenden warten jetzt auch die Banken mit ihren Jahresberichten, mit ihren steigenden Profiten auf.

Die Jahresberichte des Bank- und des Industriekapitals zeigen die zunehmende Verfilzung zwischen beiden, die sich mehr und mehr festigende Herrschaft des Bankkapitals über das Industriekapital im neuen deutschen Finanzkapital.

Die Dresdner Bank hat vor wenigen Tagen erst sich vom Standpunkt der finanzkapitalistischen Großbank zum Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus geäußert. Ihr Urteil lautet wie das der bürgerlichen Presse über die Leipziger Messe „im ganzen zufriedenstellend".

Das Bankkapital hat zusammen mit dem Industriekapital dank der kapitalistischen Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiterschaft, dank der Konjunktur des englischen Streikes, im letzten Jahr gut verdient.

Der Außenhandel Deutschlands, so heißt es im Bericht der Dresdner Bank, hat sein Passivsaldo von 3,6 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf 0,13 Milliarden Mark im Jahre 1926 ermäßigen können. Aber — hier zeigt sich schon die Relativität dieser Festigung — diese Besserung der Ausfuhrbilanz ist vor allem auf eine Verminderung der Einfuhr um 2,5 Milliarden Mark zurückzuführen, während zugleich die Ausfuhr von Fertigwaren, obwohl sie um 342,2 Millionen Mark auf 6,96 Milliarden Mark zugenommen hat, in der Gesamtausfuhr von 75,3 Prozent im Jahre 1925 auf 71 Prozent im Jahre 1926 zurückgegangen ist. Trotz der Streikkonjunktur hat sich der Weltmarkt für die deutschen Fertigfabrikate nicht erweitert. Aber das deutsche Großkapital verdient trotzdem. Es verdient an den durch die Kartelle und Trusts regulierten Preisen, deren Senkung weit hinter der Senkung der Produktionskosten durch die kapitalistische Rationalisierung zurückbleibt. Das deutsche Großkapital samt den es beherrschenden Banken verdient an den Ueberstunden, an der Hetzarbeit, an der Akkordschinderei, an den niedrigen Löhnen.

Wenn die Dresdner Bank — und sie ist nur ein Beispiel für das gesamte Großkapital, für alle Großbanken wie für Krupp, die AEG und Siemens — eine Dividende von 10 Prozent ausschüttet, wenn sie ihren Reingewinn auf fast 12 Millionen Mark erhöhen kann, so hat sie diese Dividende, diesen Reingewinn mit einer dauernd sich verringernden Zahl von Angestellten erzielt. Der Geschäftsbericht stellt fest:

„Die Zahl der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten, einschließlich der Lehrlinge, hat nur 9484 auf 8622 gesenkt werden können."

Das „nur" kündigt für die Dresdner Bank, die auch hier wieder nur Fürsprech des ganzen Großkapitals ist, neue Rationalisierungsentlassungen an.

Wenn die Dresdner Bank die Zunahme der Guthaben auf Spar- und Girokonto bei den deutschen Sparkassen auf 145 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926 gegen nur 119 Millionen Mark im Jahre 1925 und den gesamten Einlagenbestand am Jahresende auf 4,18 Milliarden Mark gegen 2,5 Milliarden Mark Ende 1925 berechnet; wenn sie von der Steigerung der Einlagen in provisionsfreien

Heraus zum Reichserwerbslosentag am 18. März

In Ostsachsen finden folgende Kundgebungen statt:

Lößnitzortschaften
Dresden, Plauenscher Grund
Gemeinsame Kundgebung auf dem Schützenplatz Dresden, nachm. 4 Uhr
Ref.: Siegfried Rädel, M.d.R.
Abmarsch:
Röhrsdorf-Broda: Goldener Anker nachmittags 1,15 Uhr.
Freital: Döhlener Hof nachmittags 1,45 Uhr.

Leuben-Niedersedlitz
Gasthof Leuben 1,45 Uhr.
Striesen: Altenberger Straße 2,45 Uhr.
Löbtau: Bürgergarten 3 Uhr.
Neustadt-Ost und -West: Erfurter Platz 3 Uhr.

Pirna-Heidenau
Nachmittags 4 Uhr Sportplatz. Referent Dr. Schmincke, M. d. L. Abmarsch Rathaus Heidenau nachmittags 2,45 Uhr.

Bezirk Bautzen
Kornmarkt nachmittags 5 Uhr. Ref.: Renner, M. d. L.

Neusalza-Spremberg
Obermarkt nachmittags 6 Uhr. Referent: Wittwald, Dresden.

Arbeitsgebiet Kirschau
Nachmittags 5 Uhr Dorfplatz. Ref.: Winkler, Pirna.

Bezirk Löbau
Nachmittags 2 Uhr Kino. Ref.: Hertwig, Neugersdorf.

Sebnitz-Neustadt
Nachmittags 2 Uhr Arbeitsnachweis. Ref.: Rohnstock, Pirna.

Bischofswerda
4 Uhr Marktplatz. Ref.: Schneider, Dresden.

Ebersbach
Nachmittags 4 Uhr Arbeitsnachweis. Ref.: Gäbel, Dresden.

Für Arbeit und Brot! Erscheint in Massen!

freier Rechnung bei sechs Berliner Großbanken auf 2,72 Milliarden Mark Ende Oktober 1926 gegen 2,12 Milliarden Mark im Jahre vorher spricht: die auf die Straße gesetzten Angestellten der Dresdner Bank, ihre an den Bureaumaschinen schuftenden unterbezahlten jungen Mädchen wissen, woher dieser steigende Reichtum der Großbourgeoisie kommt — aus ihren, aus der ganzen Arbeiterschaft Knochen.

Die Direktoren der Dresdner Bank wissen das so gut wie ihre Angestellten, so gut wie die deutschen Arbeiter. Ausdrücklich wenden sie sich in ihrem Geschäftsbericht gegen eine „übertriebene" Sozialpolitik, gegen eine Durchführung des Achtstundentages: Nicht nur die Arbeitslosenfürsorge soll, nach der Meinung dieser Herrschaften, noch weiter abgebaut werden, da nur dann „der Wille zur Arbeit" wachse, sondern auch der Zehn- und Zwölfstundentag soll der deutschen Arbeiterschaft erhalten bleiben:

„Hemmend auf den Willen zur Arbeit wird auch eine schematische Regelung der Arbeitszeit durch rücksichtslose Erzwingung des Achtstundentages einwirken. Die Arbeitslosigkeit wird durch solche Regelung eher gesteigert werden, weil einerseits die Unternehmungslust Schaden leidet und anderseits die Wirtschaft gezwungen werden wird, durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und neue Konzentrationen den Ausfall an Arbeit wieder einzubringen, ohne die Kosten über das Maß der eigenen Wettbewerbsfähigkeit steigen zu lassen. Ebenso wie der Verkehr den Verkehr erzeugt, bringt Arbeit neue Arbeitsmöglichkeiten hervor."

Das sind die Kernsätze des ganzen Geschäftsberichts. Sie verraten, fast wider den Willen der hohen Direktoren, das Geheimnis ihrer Plusmacherei. Sie zeigen den Arbeitern, den Angestellten, allen Werktätigen Deutschlands, worauf es ankommt, wenn sie dieser Plusmacherei aus ihren Knochen ein Ende machen wollen.

Es ist ein frecher Schwindel der Großbankdirektoren, zu behaupten, daß Arbeit „neue Arbeitsmöglichkeiten" hervorbringt. In Wirklichkeit erzeugt jede Stunde Ueberarbeit Kurzarbeit an der anderen Stelle, erzeugt jede Ueberschicht Arbeitslosigkeit. Eine bürgerliche Einrichtung, das Institut für Konjunkturforschung, hat jüngst ausgerechnet, daß im Jahre 1926 durch Streik rund 10 Millionen Arbeitsstunden, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 5,68 Milliarden Arbeitsstunden verloren gegangen sind. So erzeugt der rationalisierende Kapitalismus mit seinen Ueberstunden, mit seiner Hetzarbeit, mit seiner Mehrarbeit auf der einen Seite statt neuer Arbeitsmöglichkeit nur eine ständige Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Die Sätze der Dresdner Bank, mit der sie die Ueberstunden als den Drehpunkt der kapitalistischen Rationalisierung für das ganze Großkapital verteidigt, machen jedem Arbeiter deutlich, wo die Arbeiterschaft anzusetzen hat. **Der Ansatzpunkt ist der Kampf gegen die Ueberstundenschinderei, gegen die Hetzarbeit, der Kampf für den Achtstundentag.**

Ueberall haben die Arbeiter sich in Bewegung gesetzt, diesen Kampf aufzunehmen. Und die Sätze im Geschäftsbericht der Dresdner Bank, die den Zehn- und Zwölfstundentag preisen, sind eine Anweisung an die Bürgerblockregierung des Trustkapitals, sich nur ja nicht einfallen zu lassen, an dem bestehenden Zustand der maßlosen Ueberarbeit auch nur ein Jota zu ändern. Das Arbeitszeitnotgesetz dieser Regierung zeigt, daß die Minister den Wink der Trustherren verstanden haben.

Es gilt, die nackte Existenz der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu sichern. Dabei muß sie bei den Löhnen, bei der Arbeitszeit beginnen. Und wie die Arbeiterschaft ganz Deutschlands, so müssen die Metallarbeiter Berlins, als die ausschlaggebende Schicht des ganzen Berliner Proletariats, auf dem Posten sein, damit sie in der Bewegung, in die sie eingetreten sind, den Achtstundentag erringen — den Trustherren zum Trotz, für sie selbst als eine erste Etappe zum weiteren Vormarsch gegen das Trustkapital.

Kundgebung der arbeitenden Frauen

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern demonstrierten die Berliner Arbeiterfrauen auf dem Bülowplatz zum Internationalen Frauentag für die Forderungen der Arbeiterschaft, besonders für die der proletarischen arbeitenden Frauen auf. Bei der Ankunft des Demonstrationszuges an dem Saal in Friedrichshain, wo eine Kundgebung stattfand, war dieser bereits überfüllt, so daß Hunderte wieder umkehren mußten.

Die Agrarier verlangen Erhöhung der Lebensmittelpreise

Berlin. Der Gesamtvorstand des brandenburgischen Landbundes fordert in einer Entschließung eine Erhöhung der Zölle und führt im einzelnen aus: „Als besonders dringlich ist zu erstreben a) im Hinblick auf die bevorstehende Einführung von Milchtankwagen durch die Reichsbahnverwaltung ist ein Frischmilchzoll zum unbedingten Erfordernis geworden, b) für Kartoffeln ein Herbstkartoffelzoll von 2 M. und ein sogenannter Frühkartoffelzoll von 10 M., die Geltung des Frühkartoffelzolls ist bis auf den 31. August hinaus zu schieben, c) eine Heraufsetzung des Mehlzolles auf 15 M., jede Differenzierung lehnen wir ab, d) bei Zucker ein Zoll von 20 M. Wir verlangen dringend, daß dieser Zoll mit dem die Landwirtschaft nun schon seit Monaten hingehalten wird, endlich unter Dach und Fach kommt, e) stark erhöhter Zollschutz für edelste Agrarprodukte, wie Butter, Käse, Schmalz, Fleischwaren, Eier." Die weiteren Forderungen verlangen keine Herabsetzung der jetzt geltenden Zölle, Abbau der gewährten Vergünstigungen durch die Handelsverträge und keine Vergünstigungen an Polen in bezug auf die Einführung von Schweinen und Schweinefleisch. Schweinefleisch dürfe auf keinen Fall, auch nicht für Wurstfabriken unkontingentiert hereinkommen. Es soll „endlich mit dem Verfahren gebrochen werden, die Handelsverträge auf dem Rücken der Landwirtschaft auszuhandeln. Die Landwirtschaft ist außerstande, die Kosten für imaginäre Vorteile der Exportindustrie zu tragen."

Die Deutschnationalen schlucken das Genfer Kompromiß

Der Kampf gegen die Arbeiter steht über ihrem Nationalismus

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.)

In dem gestern nachmittag zusammengetretenen Kabinettsrat des Bürgerblocks erstattete der Reichsaußenminister Bericht über seine Tätigkeit in Genf. Das Kabinett nahm einstimmig folgende Erklärung an: „In dem heutigen, unter Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundsrates in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsauffassung geteilt wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Deutschland berührenden Fragen vertreten hatte, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu." Wenige Stunden vorher hatte die deutschnationale Hugenberg-Presse in großen Lettern über die Mißerfolge Stresemanns in Genf geschrieben. Es war zu erwarten, daß die deutschnationalen Minister sich gegen ihn wenden würden. Daß dies nicht eingetreten ist, zeigt erneut, welches Interesse die Deutschnationalen am Besitzbürgerblock haben, um mit seiner Hilfe ihre Wünsche gegen die Interessen der Arbeiterklasse verwirklichen zu können.

Appell

an alle Kameraden der Roten Jungfront zum Märzaufgebot!

Kameraden!

Vom 14. bis 27. März findet das Aufgebot der Roten Jungfront statt. In allen Teilen des Reiches seid ihr bei der Vorbereitung zu dieser Kampagne, um eine Massenmobilisation der Jungarbeiter durchzuführen.

Die Bundesführung wendet sich hiermit an alle Kameraden zum letzten Appell: Mobilisiert den letzten Kameraden, damit das Aufgebot der roten Rekruten gewaltig und groß wird. Je mehr Kameraden wir für die Rote Klassenfront gewinnen, desto wuchtiger wird das Heer der Kämpfenden gegen Faschismus und neuen imperialistischen Krieg.

Die Kommunistische Jugendinternationale ruft im März zu einer Antikriegswoche der arbeitenden Jugend der Welt auf. Täglich entsendet die englische Bourgeoisie Truppen und Kriegsmaterial, um die revolutionäre Bewegung in China im Blute zu ersticken. Tausende chinesischer Arbeiter werden standrechtlich erschossen, weil sie wagen, gegen die imperialistischen Räuber aufzutreten. Und mit diesem Feldzug gegen das revolutionäre China läuft eine systematische Hetzkampagne gegen Sowjetrußland einher, das vernichtet werden soll.

Im Märzaufgebot rufen wir die jungen Arbeiter auf zur Verteidigung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, gegen den imperialistischen Feldzug in China, gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen Kapitalisten und gegen den Faschismus.

Alle faschistischen Wehrverbände haben ihren Kampfruf gegen Sowjetrußland erhoben. Auch das Reichsbanner marschiert mit den „Sowjetgranaten" in derselben Front. Die bürgerlichen Wehrverbände sorgen mit Unterstützung der Bürgerblock-Regierung für neues Kanonenfutter; die Arbeiterjugend soll zu diesem Zweck politisch entrechtet und den Nationalisten und Pfaffen ausgeliefert werden. Darum die Gesetze zum „Schutz" der Jugend bei Lustbarkeiten, darum das Schund- und Schmutzgesetz, Heraufsetzung des Wahlalters usw. Alle diese Maßnahmen enden mit der Militarisierung der gesamten Jungarbeiterschaft.

Kameraden!

Das sind die Ziele der deutschen Bourgeoisie. Gegen diese Bestrebungen gilt es, die Massen des Jungproletariats zu mobilisieren und sie einzureihen in die Rote Klassenfront. Unser 2. Märzaufgebot steht im Zeichen des internationalen Kampfes der arbeitenden Jugend gegen Faschismus und imperialistischen Krieg.

Rührt die Werbetrommel im Geiste vergangener Märzen und ihrer heldenhaften Kämpfer.

Bundesführung des RJF.

Drei schwere Bergwerksunfälle

Neun Bergarbeiter tot

Hamm. Auf der Zeche Radbod stürzten am Sonntag nachmittag zwei Bergleute, die in einem Stapel mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, 90 Meter in den Schacht hinab. Beide waren sofort tot.

Saarbrücken. Auf einer Grube in St. Ingbert stürzte am Sonnabend ein Steiger von der ersten zur dritten Sohle etwa 220 Meter tief ab. Er war sofort tot.

Beuthen. Auf der Kleophasgrube bei Kattowitz fuhr am Sonntag früh der Steiger Eichmann mit fünf Mann seiner Belegschaft nach einer Strecke des Blücherschachtes, um eine in Brand geratene Strecke abzudämmen. Alle sechs gerieten dabei in dichte Schwaden. Gegen 9,30 Uhr begab sich eine Rettungsmannschaft nach dem Schacht, um sich über ihren Verbleib zu informieren. Die sechs Bergleute wurden nur noch als Leichen aufgefunden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß in allen drei Gruben die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gefehlt haben. Die sechs Mann von der Kleophasgrube hat man, da sie ohne Verbindungsleute und Gasmasken zur Brandstelle geschickt wurden, direkt in den Tod gejagt.

Nicht nur im Bergbau, sondern auch in der chemischen Industrie häufen sich durch die Rationalisierungsmaßnahmen die Unfälle in erschreckendem Maße.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind in zehn Monaten 16 Arbeiter getötet und 41 schwer verletzt worden. Dazu kommen noch die vielen leichteren Unfälle.

8 Monate Zuchthaus für eine Zeitungsnotiz

Ein kommunistischer Redakteur ist kein Jürgens

Leipzig, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Wegen einer Zeitungsnotiz in der Kruppbeilage des Ruhrechos wurde gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Riegel vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Anklage lag zugrunde, daß in einer Zeitungsnotiz gesagt wurde, die Firma Krupp habe den Auftrag einer Arbeiterorganisation die Herstellung von 20 Lastkraftwagen abgewiesen, während die Herstellung von Geschützen und Gewehren anscheinend profitabler gewesen sei. Der Reichsanwalt beantragte gegen Riegel 11 Monate Zuchthaus. Das Reichsgericht verurteilte Genossen Riegel wegen versuchten Landesverrats zu 8 Monaten Zuchthaus, die in 1 Jahr Gefängnis umgewandelt wurden. Mildernde Umstände, die nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Festungsstrafe herbeigeführt hätten, wurden dem Angeklagten versagt. Das Urteil ist nicht nur eine groteske Justizwillkür, sondern eine unerhörte Knebelung der Presse, die unter dem Bürgerblockregime sich würdig an die Literatur- und Hochverratsprozesse gegen die Buchdrucker und Schriftsetzer anreiht. Das Schreckensurteil gegen das Ruhrecho ist ein Alarmsignal für die gesamte Arbeiterschaft.

Frau Jürgens legt Berufung ein

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Arbeiterschaft hat allgemein erwartet, daß der Staatsanwalt im Jürgens-Prozeß gegen das provozierende Urteil Berufung einlegen werde. Das ist bisher nicht geschehen. Dagegen wird bekannt, daß die Frau Jürgens entschlossen ist, gegen das Urteil von 5 Monaten Gefängnis Revision einzulegen.

Große Entscheidungsschlacht vor Schanghai

Schanghai, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Zwischen den Süd- und Nordtruppen ist im gegenwärtigen Kampf die Entscheidungsschlacht auf der ganzen Linie entbrannt. Die Südtruppen sind mit großer Bravour auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen. Es ist jedoch unbestimmt, an welcher Fronthauptstraße die Südtruppen einsetzen werden. Man nimmt an, daß sie es zunächst auf Nanking absehen. Die Stadt ist bereits von den Südtruppen eingekreist. Die Eisenbahnlinie Nanking—Schanghai ist zur Hälfte von den Kantonesentruppen besetzt und, wie bereits gemeldet, unterbrochen. Die Südtruppen stehen nunmehr wenige Meilen vor der Stadt und bedrohen bereits die Rückzugslinie der Tschangtruppen, so daß diese vor der Gefahr stehen, abgeschnitten zu werden.

Die Erschießung der 29 Matrosen in Berlin

Ein blutiger Gedenktag

Am 11. März 1919 wurden auf Befehl des Oberleutnants Marloh 29 Matrosen mit Maschinengewehren im Hofe eines Berliner Hauses niedergemetzelt.

Das grauenhafteste Verbrechen unter den Tausenden jener Märztage 1919 wurde am 11. März verübt. Oberleutnant Marloh ließ 29 Matrosen im Hofe eines Hauses der Französischen Straße mit Maschinengewehren niederschießen. Der im Dezember 1919 gegen Marloh geführte Prozeß ermöglichte einen tiefen Einblick in das Treiben der Freikorps. Wir geben in folgendem den Tatbestand wieder, wie er im Marlohprozeß erwiesen wurde.

Die der Republikanischen Soldatenwehr angehörenden Matrosen wurden auf Anordnung des Oberkommandos Lüttwitz für den 11. März nach dem Depot in der Französischen Straße befohlen. Sie sollten die noch in ihrem Besitz befindlichen Waffen zur Abgabe mitbringen und ihre Löhnung in Empfang nehmen. Gleichzeitig gab das Generalkommando Lüttwitz der Freiwilligenbrigade Reinhard den Befehl, dafür Sorge zu tragen, daß bei diesem Löhnungsappell „möglichst viele Mitglieder der Volksmarinedivision verhaftet werden". Die Spitzel der Garde-Kavallerie-Schützendivision fälschten den Löhnungsappell in eine Matrosenverschwörung um und verbreiteten diese Lüge unter den Reinhardtruppen.

Oberst Reinhard übertrug dem Oberleutnant Marloh die Ausführung der Aktion. Marloh erklärte bei seiner Vernehmung vor Gericht, es sei ihm von seinen Vorgesetzten immer wieder gesagt worden, die Matrosen seien unterschiedslos Verbrecher und Plünderer und sie hätten sich vor allem dadurch am schwersten versündigt, daß sie im November 1918 die Meuterei in der Flotte hervorriefen.

Dem Marloh wurde der Leutnant Penther beigegeben. Offenbar wurde Penther als ein Mensch angesehen, der vor keiner Tat zurückschreckte. Oberst Reinhard sagte am 10. März zu Penther: „Penther, morgen gibt es wieder etwas für Sie zu tun." Als der Vorsitzende im Marlohprozeß diesen Penther fragte, was er gesagt habe, als er den Befehl zum Erschießen der Matrosen erhielt, antwortete Penther: „Selbstverständlich, herzlich gern, will ich die Verbrecher totschießen."

Durch Zeugen wurde im Marlohprozeß bekundet, es sei schon am 10. März unter den Reinhardtruppen allgemein davon gesprochen worden, daß die Matrosen in der Französischen Straße erschossen werden sollten. Bei der fliegenden Kraftfahrstaffel Kessel hieß es: „Die Gefängnisse sind überfüllt. Macht mit den Leuten nicht viel Umstände." Nach dieser Anweisung wurde übrigens nicht nur im Falle der Matrosen, sondern allgemein gehandelt.

Die Matrosen erschienen ahnungslos zum Löhnungsappell. Einige hatte die in ihrem Besitz noch befindlichen Waffen zur Abgabe mitgebracht. Oberleutnant Marloh trug keine Uniform, sondern Zivilkleidung, damit die Matrosen ihn für den Zahlmeister halten sollten. Die ankommenden Matrosen wurden einzeln überwältigt. Die Waffen mitbrachten, wurden sofort in ein dunkles Zimmer gesperrt, dessen Ausgang mit einem schußbereiten Maschinengewehr gesichert wurde. Alle anderen mußten sich so zusammenstellen, daß sie bei evtl. Widerstand oder einem Fluchtversuch sofort mit Maschinengewehren niedergeschossen werden konnten.

Als zirka 150 Matrosen erschienen waren, telephonierte Marloh an Oberst Reinhard um Hilfe. Oberst Reinhard ließ Marloh durch den Leutnant Schröter ausrichten: „Oberst Reinhard ist sehr aufgebracht, daß Sie so schlapp vorgehen. Sie sollen ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen und möglichst viele Matrosen erschießen. In Moabit ist für so viel Gefangene noch keine Unterbringung vorhanden."

Marloh telephonierte nochmals um Hilfe. Der Oberleutnant Kessel schickte den Leutnant Wehmeyer, der dem Marloh im Auftrage Kessels sagte: „Oberst Reinhard ist sehr wütend auf Dich. Du sollst erschießen, was Du kannst, und wenn es 150 Mann wären. Oberst Reinhard weiß auch nicht, wo er mit den ganzen Leuten hin soll."

So war der Wortlaut der dem Marloh überbrachten Befehle nach den Aussagen des Pfarrers Rump, der sich um die Freisprechung des Marloh bemühte und nach der Tat oftmals mit den Beteiligten verhandelt hat.

Marloh wollte 150 Matrosen erschießen lassen. Vor Gericht erklärte er, anfänglich sei er auf den Gedanken gekommen, die für den Tod bestimmten Matrosen „auszulosen", dann sei ihm das aber zu grausam erschienen und er habe sich für eine „Musterung" entschieden. „Ich habe diejenigen", sagte Marloh, „die besonders intelligent erschienen und die ich als Rädelsführer ansah, nach der einen Seite treten lassen und diejenigen, die gute Anzüge hatten und Schmucksachen besaßen, die nach meiner Ansicht nur durch Plünderung erlangt sein konnten und die ich für besonders gefährlich hielt nach der anderen Seite . . . ."

Marloh hätte 150 Matrosen erschießen lassen, wenn nicht der Hauptmann Gensicher dazwischen getreten wäre und einen Teil der zum Tode bestimmten Matrosen als Mitglieder der von der Regierung für eine Treue und Zuverlässigkeit ausgezeichneten Wache der Reichsbank legitimiert hätte.

29 Matrosen wurden mit Maschinengewehren erschossen. Die Schußwirkungen waren furchtbar. Vielen Leuten wurde die Schädeldecke völlig abgerissen; die Gehirnmasse spritzte umher. Leichen und Verwundete fielen übereinander. Diejenigen, die noch Lebenszeichen von sich gaben, erhielten mit der Pistole den „Gnadenschuß". Den Leichen wurden Stiefel, Kleider und Wertgegenstände weggenommen.

Die Namen der Ermordeten sind die folgenden: Jakob Bouczyk, Paul Brandt, Theodor Biertümpel, Ernst Burstan, Kurt Dehn, Otto Deubert, Willy Ferbitz, Robert Göppe, Baruch Handwohl, Walter Harder, Alfred Hinße, Anton Hinße, Hermann Hinße, Walter Jacobowitz, Otto Kannenberg, Willy Kuhle, Max Kutzner, Martin Lewin, Herbert Lietzau, Max Mahsterierz, Ernst Mörbe, Karl Pobanz, Paul Römer, Siegfried Schulz, Paul Ulbrich, Werner Weber, Karl Kieße, Gustav Zühlsdorf. Die anderen Matrosen wurden ins Gefängnis geschafft und bald darauf als unschuldig entlassen.

Nach der Tat erschien ein amtlicher Bericht, in dem behauptet wurde, die verhafteten Matrosen hätten Widerstand geleistet, es wäre Munition, darunter auch Dum-Dum-Geschosse gefunden worden. Von den rund 250 Gefangenen hätten 24 auf der Stelle standrechtlich erschossen werden müssen. Dieser Schwindel konnte nicht lange aufrecht erhalten werden. Angesichts der bekanntgewordenen Einzelheiten und des als wahr festgestellten grauenhaften Massenmords sah sich der Reichspräsident Ebert genötigt, dem Reichswehrminister Noske nahezulegen, eine Untersuchung einzuleiten.

Noske war schon am Abend des 11. März über die Vorgänge informiert worden. Der Stadtkommandant Klawunde hatte ihm einen Bericht gegeben. Der Vorsitzende des Gerichts fragte Klawunde, wie sich Noske benommen habe, als er diese Mitteilung erhielt. Klawunde antwortete: „Er hat gar nichts gesagt und getan, als ob ihn dies nicht interessiere."

Marloh machte unmittelbar nach der Tat einen Bericht über die Gefangennahme und Erschießung der Matrosen. Bei der Abfassung des Berichts half ihm der Staatsanwalt Zumbroich in „kameradschaftlicher Weise". Oberleutnant von Kessel forderte von Marloh einen anderen Bericht, in dem Marloh erklären sollte, er habe aus eigener Entschließung auf Grund des Noske-Befehls die Erschießung vorgenommen. Beide Berichte verschwanden. Im Beisein des Obersten Reinhard diktierte der Staatsanwalt Weismann einen dritten Bericht. Marloh war empört über diesen Bericht und sagte: „Das ist eine Lumperei, aber ich will unterschreiben."

Oberst Reinhard sagte: „Beruhigen Sie sich nur, wir müssen zunächst zusammenstehen, und wenn es darauf ankommt, so werde ich Sie natürlich decken."

Dieser dritte Bericht wurde der Anklage gegen Marloh zugrunde gelegt. Kessel drängte Marloh zur Flucht, verschaffte ihm Geld und ließ durch Geheimrat Strauß vom preußischen Staatsministerium gefälschte Papiere herstellen. Marloh wurde später ergriffen und **von der Anklage des Totschlags freigesprochen**, aber wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Festung und wegen Benutzung gefälschter Urkunden zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, „daß die mit Waffen kamen, gültige Waffenscheine besaßen, daß keine Plünderer dabei waren, daß die Lage Marlohs nicht so bedrohlich war, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war, daß er jedoch glaubte, einen Dienstbefehl vor sich zu haben."

Gegen Reinhard und Kessel wurde wegen der Befehle, die sie Marloh gegeben hatten, kein Verfahren eingeleitet. Von der Anklage des Meineids, den Kessel im Verlauf des Marlohprozesses geleistet hatte, erfolgte gleichfalls Freisprechung.

Der Ausschuß 2 für Feststellung von Entschädigung für Aufruhrschäden verneinte den Anspruch der Hinterbliebenen auf eine Rente, da die Erschießungen in Ausübung der Staatsgewalt als ein Akt der Strafvollstreckung erfolgt seien.

(Aus Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland und E. J. Gumbel: Vier Jahre politischer Mord.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Ohrfeigen für die Regierung!

Um die Riesenpensionen der Minister — ASPS und Aufwerter sabotieren die Errichtung einer westsächsischen Frauenklinik — Die Kommunisten vertreten die Kleinbauernforderungen — Die Regierungswünsche auf Erhöhung der Messepropagandasummen durch kommunistische Initiative abgelehnt!

Landtagssitzung vom 15. März 1927

Auf der Tagesordnung stehen 20 Punkte, alles zweite Beratungen von Etatkapiteln.

Einstimmig genehmigt wird das Kapitel Staatsrechnungshof, gegen die Stimmen der Kommunisten das Kapitel Oberverwaltungsgericht.

Bei Kapitel Oberbergamt und Bergämter fordert Herr Abg. Hermann (SPD) eine umfassende planmäßige Belehrung der Bergarbeiter über die vielgestaltigen Unfallgefahren im Bergbau.

Er beantragt statt der im Etat stehenden 5000 RM. 15 000 RM. einzusetzen.

Seitens unseres Genossen Schreiber wird bei diesem Kapitel scharf gerügt die Wenigereinstellung von 10 660 Reichsmark für die Befahrung der Reviere durch die Revierbeamten. Er beantragt, die Summe wieder in den Etat einzustellen. Er schildert eingehend, wie gerade dadurch die Unfallgefahren im Bergbau erhöht werden und führt eine Reihe von Fällen an, wo durch sträfliche Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften Unfälle herbeigeführt worden sind.

Die Anklage ruft den alten Reaktionär Dr. Eckardt zu einer Polemik gegen die Anklagen auf den Plan.

Infolge eines Einspruches der Regierung gegen die beiden Anträge wird das Kapitel an den Ausschuß zurückverwiesen.

Zu Kap. 16 — Ruhegelder — liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor. Die sächsische Regierung soll bei der Reichsregierung vertreten, daß Pensionen nur bis zur Höhe von 5000 RM. gezahlt werden.

Die Regierung sagt in einer Erklärung, daß sie gegen diesen Antrag ist und ihn im Falle seiner Annahme nicht durchführen werde.

Diese Erklärung, die von dem neugebackenen Innenminister Dr. Apelt abgegeben wird, wird vom Genossen Böttcher scharf kritisiert. Böttcher weist an Hand einer Regierungsdenkschrift nach, daß ein großer Teil der im Etat stehenden Ruhegelder in einer Höhe bis zu 25 000 RM. pro Person in die Hände von Personen wandern, die neben ihren Pensionen noch hohe Bezüge aus ihren Anstellungen in der Privatindustrie haben. Neben anderen bezieht auch der Reichsminister a. D. Dr. Heinze, der wegen Hochverrats ins Zuchthaus gehörte, statt dessen eine Pension von 16 000 RM. Böttcher beantragt, die Ruhegelder der ehemaligen Staatsminister zu streichen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt. Das Kapitel wird darauf einstimmig angenommen. Die Kommunisten stimmen deshalb mit dafür, weil unleugbar damit verbunden sind die Ruhegelder für die unteren und mittleren Beamten. Das Kapitel Kreis- und Amtshauptmannschaften wird debattelos einstimmig angenommen, ebenso der Titel 6 des außerordentlichen Staatshaushaltplanes, der Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues für Staatsbeamte fordert.

Bei Kapitel 27, Frauenkliniken zu Dresden und Chemnitz und Krankenstift zu Zwickau fordert der

Genosse Dr. Schmincke

die Streichung der Anstaltsgeistlichen sowie die Durchführung des Achtstundentages für alle Angestellten der Anstalten. Er kritisiert ferner scharf die Unterschiedlichkeit der Behandlung, die in den Frauenkliniken den Frauen der besitzenden Klasse zuteil wird im Gegensatz zu den Frauen der Minderbemittelten.

Weiterhin verlangt Genosse Dr. Schmincke, daß eine Frauenklinik in Plauen geschaffen wird im Gegensatz zu der Planung in Zwickau. Genosse Schmincke betont, daß in Anbetracht der Tatsache, daß Plauen einen außerordentlich großen Teil weiblicher Einwohner hat und daß gerade in Berücksichtigung der dort herrschenden Wohnungsnot die Errichtung einer Klinik in Plauen besonders notwendig ist. Wir fordern, daß sofort an die Schaffung einer Frauenklinik in Westsachsen gegangen wird und daß diese nach Plauen gelegt wird.

Der „Demokrat" Dr. Dehne erklärt, er sei für Plauen, will aber — wie es sich nachher herausstellt — die Sache nur verschleppen.

Die Abstimmung zeigt ein schändliches Bild. Die Einstellung von 500 000 RM. als erste Rate zum Bau wird zwar bewilligt, es stimmen jedoch die Deutschnationalen, Volksparteiler, Wirtschaftsparteiler, „Demokraten" und Aufwertungsgruppe geschlossen gegen die Errichtung der Klinik.

Der Antrag wird dennoch mit 49 gegen 42 Stimmen angenommen.

Darauf wird die Errichtung in Zwickau abgelehnt, nunmehr wird abgestimmt über den Antrag Dr. Schmincke, betreffend Errichtung in Plauen, wird in namentlicher Abstimmung ebenfalls abgelehnt.

Die ASPS-Gesellen und Aufwerter stimmen geschlossen gegen diesen Antrag, um eine Verschleppung durchzuführen.

Der Nationalsozialist Dittmann enthält sich als tapferer Hakenkreuzler der Stimme. Diese Abstimmung wird von den Kommunisten und auf der Tribüne mit Empörung aufgenommen.

Ein demokratischer Antrag auf Fertigstellung einer Denkschrift durch die Regierung über den Ort der Errichtung (ein glattes Verschleppungsmanöver!) wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Die werktätigen Frauen Westsachsens können nun warten, bis die sabotierende Regierung die Denkschrift „ausgearbeitet" hat.

Ein kommunistischer Antrag, die Summen für Erweiterungsbauten in den Kliniken nur für die allgemeinen Abteilungen zu verwenden und die ohnehin stets bevorzugten Privatabteilungen nicht zu erweitern, wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine Anzahl anderer Kapitel wird nunmehr durch Annahme erledigt, so die über kunstgewerbliche Akademien, Fach-, Gewerbe- und Handelsschulen, Landeswetterwarte usw.

Beim Kapitel „Veterinärpolizei" beantragt Genosse Dr. Schmincke die Aufhebung der Kontrolle bei Vieheinfuhr aus anderen deutschen Ländern nach Sachsen. Genosse Dr. Schmincke weist nach, daß diese Maßnahme absolut nicht zweckmäßig ist; andere Bundesstaaten kennen diese Bestimmungen nicht. Diese Maßnahmen erschweren die Lage der kleinen sächsischen Bauern außerordentlich beim Einkauf von Vieh aus anderen Gebieten und erhöhen die Kosten außerordentlich, die dann wieder auf die Konsumenten abgewälzt werden. Weiterhin verlangen wir die volle Bezahlung der wegen Tuberkulose getöteten Tiere durch die Behörde. Wir fordern ebenfalls, daß die Bezirkstierärzte nur ihr Amt auszuführen haben und bei ihren anständigen Gehältern nicht private Praxis ausüben dürfen.

Der Demokrat Claus lehnt die kommunistischen Anträge ab. Der Wirtschaftsminister schließt sich den Ausführungen des „demokratischen Kleinbauernfreundes" an. Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Die Deutschnationalen stimmen ebenfalls dagegen. Das Kapitel wird genehmigt.

Bei der Beratung des Kapitels „Landwirtschaft im allgemeinen" begründet Genosse Dr. Schmincke ausführlich eine Anzahl kommunistischer Anträge, die besonders die Bevorzugung der Großbauern durch die Regierungsvorlagen durchkreuzen und die zum Teil sehr schwere Lage der Kleinbauern verbessern sollen.

Wir verlangen die Summen für Planungen von Bewässerungen und Entwässerungen für die Kleinbauern, ebenso die Streichung der Summen für Durchführung des Rinderzuchtgesetzes. Außerdem verlangen wir Schulgelderlaß für die Kinder von Kleinbauern beim Besuch von landwirtschaftlichen Schulen. Wir wünschen weiterhin die Bewilligung von Summen für Studienreisen von Kleinbauern nach dem Ausland. Wir wollen den Klein- und Mittelbauern, die heute noch zum großen Teil glauben, daß sie ihre Interessenvertreter bei den Reaktionären finden, beweisen, daß ihr Schicksal verbunden ist mit dem der Arbeiterklasse. Der Vormarsch und die Diktatur des Großkapitals, das die Arbeiter knebelt und ausbeutet, saugt auch den Klein- und Mittelbauer aus. Nur die Großagrarier, die in Interessengemeinschaft mit dem Börsen- und Industriekapital leben, sind die Verbündeter dieser Unkenntnis der Klein- und Mittelbauern. Ihnen wollen wir die Augen öffnen über den wahren Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und sie loslösen von dem verderblichen Einfluß der Deutschnationalen und aller bürgerlich-kapitalistischen Gruppen, die diese Schicht in der Unkenntnis ihrer Lage erhalten wollen. Man darf nicht im allgemeinen von den „großen Geschäften der Landwirtschaft" sprechen. Nur eine kleine Schicht von Großagrariern, ca. 5 Prozent der Bauern in Sachsen z. B. sind reich, führen ein Leben in Saus und Braus und machen Riesengeschäfte mit Börsen- und Industriekapital. Der größte Teil lebt schlecht und ein großer Prozentsatz, ca. 47,7 Prozent lebt in außerordentlich schweren Verhältnissen. Gerade das hat uns dazu bewogen, mit allen Mitteln für die Hebung der Lage der Klein- und Mittelbauern einzutreten und in diesem Interesse die Anträge zu stellen. Wir wollen den werktätigen Bauern zeigen, daß sie diese Lage nur verbessern können durch engen Zusammenschluß mit um seine Existenz kämpfendem Proletariat. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten!) Zugleich müssen die Kleinbauern sich genossenschaftlich zusammenschließen, aber diese Genossenschaften rein halten von großagrarischem Einfluß und mit Hilfe dieser Genossenschaften direkt in Verbindung treten mit den Verbrauchern in der Stadt. Das Beispiel Sowjetrußland zeigt, was dies für die gesunde Entwicklung der Klein- und Mittelbauern bedeutet. Die Entwicklung wird auch diesen Schichten die Augen öffnen über die gemeinsame Basis der Werktätigen in Stadt und Land und sie in eine Front bringen zum

Kampf um die Errichtung einer Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern!

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

In langen Ausführungen wendet sich der Vertreter der Deutschnationalen gegen die Ausführungen des Genossen Dr. Schmincke, die ihn sichtlich getroffen haben. Im weiteren Verlaufe der Debatte provoziert ein deutschnationaler Landwirt die Arbeitervertreter dadurch, daß er erklärt, er wäre froh, wenn er als Landwirt das „feste Jahreseinkommen eines Arbeiters" habe.

Die kommunistischen Anträge werden gegen Kommunisten von allen Parteien abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Schulgelderlaß für Kleinbauernkinder wird jedoch einstimmig angenommen.

Eine weitere Anzahl von Kapiteln wird einstimmig genehmigt. Beim Kapitel „Versuchsgärtnerei" fragt Genosse Renner die Regierung, ob die Forderung auf Anstellung von Versuchen zur Hebung der Lage der unwettergeschädigten Kleinbauern im Erzgebirge angestellt worden seien. Die Regierung erklärt, sich erst informieren zu wollen, sichert aber an anderer Stelle die Beantwortung zu. Das Kapitel wird einstimmig genehmigt.

Die Propaganda für die Leipziger Messe.

Bei der Beratung des Kapitels „Handwerk, Handel und Gewerbe" kommt es zu einer längeren Aussprache über die Verschleuderung von Steuergeldern zur Propaganda für die Leipziger Messe. Die kapitalistischen Vertreter setzen sich natürlich äußerst lebhaft für diese Förderung des Kapitalprofits mit Hilfe der Arbeitergroschen ein. Doch die Deutschnationalen wenden sich aus Konkurrenzgründen der Großagrarier gegen die Bevorzugung der Industrie und drohen mit Entziehung der Unterstützung der Regierung durch die Deutschnationalen. Im Ausschuß wurde auch der Antrag auf Erhöhung der Propagandamittel für die Messe dadurch mit Mehrheit abgelehnt.

Auf die Drohung erklärt der Wirtschaftsminister sichtlich aufgeregt, daß in außerordentlichen Situationen außerordentliche Ausgaben „berechtigt" seien und die Ausgaben für die Leipziger Messe brächten mehr Vorteile ein, weil die Ausländer kaufen würden.

Genosse Böttcher

zeigt, wie gerade bei diesem Kapitel die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit des deutschen Kapitals von dem Ententekapital zutage tritt. Diese Politik zeigte sich nicht nur beim Abschluß des Dawespaktes, sondern auch in der Messepolitik. Dieses Schielen und Betteln nach und bei dem Auslandskapital ist der Ausdruck für diese Abhängigkeit, die politisch Deutschland in die Front dieses Ententekapitals gegen Sowjetrußland geführt hat. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Förderung dieser Wirtschaft durch Subventionen auf Kosten der Steuerzahler, die Erhaltung eines bureaukratischen Apparates zugunsten der Propagierung großindustrieller Unternehmungen lehnen wir ab. Ebenso wenden wir uns gegen die Subventionierung der privaten Luftfahrtunternehmen und des Grassi-Textilmessehauses. Wenn die Kapitalisten ihre Geschäfte propagieren wollen, so sollen sie auch selbst bezahlen. Wir sind der Meinung, daß die Riesensummen, die hier dem Großunternehmen in den Rachen geworfen werden sollen, bessere Verwendung finden bei der Unterstützung der Kleinrentner, der Kriegsopfer, der Arbeitsinvaliden und der vielen Opfer der kapitalistischen Raffgier. Wir lehnen diese Art der „Förderung der Wirtschaft" ab. (Lebhaftes Bravo! bei den Kommunisten.)

Der Volksparteiler Rüllig strengt sich nun an, die Argumente des Genossen Böttcher zurückzuweisen, und versucht dabei die Großzügigkeit der Sowjetunion bei ihrer Ausstellung als Argument für sich anzuführen; er zeigt dabei, daß er keinerlei Ahnung hat von der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der Auswirkungen der Wirtschaftsförderung in einem Staat, der von den Werktätigen und einem, der von großkapitalistischen Konzernen und Trusts beherrscht wird. Während hier der Gewinn zugunsten einer kleinen Minderheit verwendet wird, hebt der Sowjetstaat mit den Wirtschaftsgewinnen die Lebenslage seines werktätigen Volkes.

Der Wirtschaftsminister beschwört die Deutschnationalen, die Regierung nicht zu gefährden und fordert zur „nationalen Einheit" für die Hebung der deutschen Wirtschaft auf.

Die Sozialdemokraten für die kapitalistische Propagandamesse.

Liebmann erklärt nunmehr für die Sozialdemokraten unter dem lebhaften Beifall der Bürgerlichen, daß sie die Beträge zur Durchführung der Leipziger Messe bewilligen werden. Er begründet das mit der „wirtschaftlichen Notwendigkeit". Die Sozialdemokraten treten ebenfalls für die Textilmesse ein und wenden sich nur gegen Erhöhung der Summen.

In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Streichung der Summe für das Kaiser-Wilhelm-Institut von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Abgeordnete Arzt stimmt als einziger mit den Kommunisten.

Abstimmungsniederlage der Regierung.

Der Antrag auf Erhöhung der Summe für die Leipziger Messe wird mit Stimmengleichheit abgelehnt, trotzdem die Deutschnationalen aus Furcht vor der eigenen Courage wieder umgefallen sind und mit den offiziellen Regierungsparteien stimmen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Zuschusses von 50 000 RM für die Dresdner Jahresschau wird mit großer Mehrheit angenommen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Noch aber ist das Konto der Niederlagen für die Regierung nicht erschöpft. Die geforderte Erhöhung der Zuschußsumme für das Luftfahrwesen wird nämlich ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt, weil die Sozialdemokraten — trotz Liebmanns fürsorglicher Rede — mit den Aufwertern der kommunistischen Forderung auf Streichung zustimmen. (Der Wirtschaftsminister blickt entsetzt mit rotem Kopf von der Regierungsbank und muß ironische Zurufe der Kommunisten unwidersprochen hinnehmen.)

Die Mittel für das Grassi-Textilmessehaus (83000 RM) und die Leipziger Messe (100 000 RM) werden gegen die Kommunisten bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erschöpft.

Nächste Sitzung am Donnerstag, dem 17. März.

Hilfe für die Kleingewerbetreibenden

Antrag der Kommunisten im Reichstag.

(RVPD.) Berlin. Zur Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem von der Regierung verlangt wird, zur Linderung der Notlage der Kleingewerbetreibenden unverzüglich folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe. Daraus sollen Beträge bis zu 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinssatz langfristig ausgeliehen werden.

b) Ablösung alter, unter günstigen Bedingungen aufgenommener Darlehen mit Hilfe öffentlicher Mittel zu niedrigstem Zinssatz. Auszahlung solcher Darlehen zum vollen Nennwert. Wiedereinführung des gesetzlichen Schutzes gegen den Zinswucher.

c) Kontrolle der Verteilung der öffentlichen Kredite und Darlehen durch gewählte Kommissionen der Kleingewerbetreibenden.

d) Freilassung des Kleingewerbes von den staatlichen Gebühren bei Beschaffung von Unterlagen für Darlehen, Einholung von Auskünften, Einreichung von Beschwerden usw.

e) Niederschlagung aller Steuerrückstände und der gestundeten Steuerbeträge für das Kleingewerbe. Heranziehung der Kleingewerbetreibenden zu den Steuerkommissionen, Grundwertausschüssen u. dergl.

f) Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen an Inventar und Hauseigentum der in Not geratenen Kleingewerbetreibenden, insbesondere Verbot von Steuerpfändungen.

g) Strengste Bestrafung der verantwortlichen leitenden Beamten bei gesetzwidriger Pfändung von Inventarstücken, die zur Weiterführung des Gewerbes auf dem vorhandenen Stand notwendig sind.

h) Unterbindung der Preisdiktatur der Syndikate und Trusts durch die Kontrolle ihrer Preisbildung durch Betriebsräte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern des Kleingewerbes und der Konsumvereine.

i) Verbot des sogenannten Freischutzes mit Handelsgewinngarantien, Ausschließlichkeitsklauseln usw., insbesondere Verbot von Konventionalstrafen für Durchbrechung von Preisbestimmungen der Fabrikanten, der Großhändler und ihrer Organisationen.

k) Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Kleingewerbetreibenden für die Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Preisdiktatur. Unterstützung solcher kleingewerblicher Genossenschaften durch staatliche Kredite.

Dresden

16. März: 1921: Einmarsch der Hörsingtruppen in Mitteldeutschland („gegen das zunehmende Verbrechertum"). **Beginn des mitteldeutschen Aufstandes.** — 1919: Jakob Michailowitsch Swerdlow **gestorben.**

„Hetze oder ehrliche Besorgnis"

Wie der Kampf der „Christlichen" gegen die Volksschule aussieht.

Am 15. März 1927 fand vor dem Oberlandesgericht Dresden die Revisionsverhandlung in der Privatklage statt, die der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der christlichen Elternvereine, Oberlandesgerichtsrat Dr. Hering, Dresden, gegen den Vorsitzenden des Sächsischen Lehrervereins erhoben hatte. Der Privatkläger fühlt sich beleidigt durch Ausführungen, die sich in der vom Vorstand des Sächsischen Lehrervereins herausgegebenen Schrift „Zum Kampfe um die Schule" mit seiner Person beschäftigen. In dem mit „Hetze oder ehrliche Besorgnis" überschriebenen Abschnitt dieser Veröffentlichung heißt es unter anderem:

„Eine Skandalchronik ohne Ort, Namen und Datum wird aufgemacht und übers Land verstreut, so daß schließlich auch die besonnensten Eltern in Unruhe und Verärgerung kommen. Sie erfahren ja nicht, daß die Zentrale all des grob und fein Gesponnenen, Herr Landesgerichtsdirektor Dr. Hering, einst vor Gericht Gelegenheit hatte, einen Eid abzulegen auf alle die „Fälle", die er in die Oeffentlichkeit geschleudert hatte: Er tat es nicht!

Der Leipziger Lehrerverein teilte diesem „Hüter des Rechtes" mit, daß er „Verleumdung" ungeprüften Treppenklatsch geflissentlich verbreite. Darob wollte der „verdienstvolle" Organisator und verehrte Führer der christlichen Elternvereine zunächst eigentlich den Rechtsweg beschreiten: Er tat es nicht! aber seine Märchen und Gerüchte wucherten weiter."

Das Schöffengericht Dresden verhandelte im April 1926 den Streitfall und sprach den Vorsitzenden des Sächsischen Lehrervereins frei, da es ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zubilligte. Am 2. Oktober 1926 verwarf die kleine Strafkammer des Landgerichtes Dresden als Berufungsinstanz die vom Privatkläger gegen das freisprechende Urteil eingelegte Berufung mit der Begründung, daß sie zu denselben tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen gekommen sei wie die erste Instanz. Der Privatkläger gab sich damit nicht zufrieden und reichte Revision beim Oberlandesgericht ein.

Guthabenzahlungen an ehemalige Heimkehrer aus englischer Gefangenschaft

Der preußische Minister des Innern gibt eine amtliche Bekanntmachung der Restverwaltung für Reichsaufgaben über Guthabenzahlungen an ehemalige Heimkehrer aus englischer Gefangenschaft in einem Runderlaß den Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung zur Kenntnis. Daraus ist zu entnehmen, daß die englische Regierung die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten „Guthaben" an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einschließlich des Sanitätspersonals überwiesen hat. Alle ehemaligen Heimkehrer, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, sollen an die „Restverwaltung für Reichsaufgaben, Berlin W 9, Königgrätzer Straße 122", Namen, genaue jetzige Adresse, Geburtstag, den deutschen Truppenteil am Tage der Gefangennahme und die Nummer der englischen Gefangenen-Kompagnie bzw. Depot- und Lagerbezeichnung einsenden.

Erben verstorbener Heimkehrer haben ihre Erbberechtigung nachzuweisen. Um den Erben unnötige Kosten zu ersparen, wird ihnen die Restverwaltung auf Anfrage mitteilen, wie der Nachweis im einzelnen zu führen ist. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges der Anträge und nur durch die Post. Ein persönliches Abheben der Beträge durch die Heimkehrer kommt nicht in Frage. Wer kein Guthaben hat, erhält einen ablehnenden Bescheid, gegen den Einsprüche zwecklos sind. Heimkehrer, welche der Restverwaltung für Reichsaufgaben nach dem 1. Juli 1926 die geforderten Angaben bereits eingesandt haben, brauchen ihre Anträge nicht zu erneuern, da diese vorgemerkt sind. Da über 200 000 Einzelguthaben in Frage kommen, wird die Auszahlung geraume Zeit dauern. Erinnerungsschreiben sind zwecklos und werden nicht beantwortet. Alle Heimkehrer aus den übrigen Ländern werden dringend ersucht, von Anfragen über Guthaben so lange abzusehen, bis weitere diesbezügliche amtliche Bekanntmachungen folgen.

„Weltliche Schule Innere Neustadt." Mittwoch, 16. März, abends 7,30 Uhr spricht Herr Lehrer Sachse im Jugendheim, Oppellstr. 12, part., über: „Die Volksschule auf der Anklagebank". (Oberbürgermeister Dr. Roth-Leipzig, Broschüren Hillmann u. Berger.) Vor und nach dem Vortrag: Darbietungen eines Instrumentalquartetts.

Ausstellung gegen den Alkoholismus! Am Mittwoch, den 16. März, 6 Uhr abends, spricht Freiin von Hausen über: „Was kann die Frau im Kampf gegen den Alkoholismus tun?" 8 Uhr abends findet eine Führung durch Adolf Dietrig statt.

Im ewigen Eis des Berner Oberlandes. Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Dresden, veranstaltet am Donnerstag, dem 17. März, abends 8 Uhr im Kristallpalast einen Lichtbildervortrag. Der Vortragende der Schweizer Naturfreundeorganisation, Genosse Walther Eicher, Zürich, spricht an der Hand von 120 Eigenaufnahmen über „Selbsterlebtes im Berner Oberland". Die Musikabteilung der Dresdner Naturfreunde wird einige Musikstücke bieten. Einlaß 7 Uhr. Eintritt 50 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 30 Pf. Karten auch am Saaleingang.

Ein falscher Kriminalbeamter. Gewarnt wird vor einem reisenden Betrüger, der kürzlich in mehreren Städten aufgetreten ist und sich als Kriminalbeamter ausgegeben hat. Unter Vorzeigung eines gefälschten Dienstausweises hat er Lehrlingen, die Geldbeträge von Banken oder von Postscheckämtern abgehoben hatten, unter irgendeinem Vorwand die Beträge abgenommen und ist damit entkommen.

Bebauungsplanänderung Löbtau. Für die Kesselsdorfer und Löbtauer Straße entlang des Grundstücks Kesselsdorfer Str. 2 ist ein neuer Fluchtlinienplan entworfen worden, der von heute an vier Wochen lang zu jedermanns Einsicht im Neuen Rathaus, Ringstraße 19, 1. Obergeschoß, Zimmer 434, ausliegt. Einwendungen gegen ihn müssen, zur Vermeidung des Verlustes des Widerspruchsrechtes, binnen derselben Frist daselbst schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Wer hindert die Einheit?

„Die Delegierten des Bezirkstages aller Sparten fordern von den beiden politischen Arbeiterparteien eine gemeinsame Maifeier unter Zusammenfassung aller Werktätigen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund Bezirk Groß-Dresden."

In Freital hingegen sind die Gewerkschaftsbürokraten emsig an der Arbeit, die Kampfeinheit der Arbeiterklasse am 1. Mai nicht entstehen zu lassen. Sie, die Demokraten im Staate, lieben es ja bekanntlich, in der Arbeiterbewegung die Rolle kleiner Mussolinis zu spielen. Die Kommunistische Partei in Freital hatte sich wegen der diesjährigen Maikundgebung an den ADGB gewendet, mit dem Wunsche, sie von der Maikomiteesitzung zu informieren, **damit sie durch eine Vertretung an der Vorbereitung und Durchführung der Freitaler Maikundgebung mitwirken kann.** Von Hause aus ist die Kommunistische Partei dafür, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai geschlossen auftritt und ihre Forderungen einheitlich und in mächtigen Kundgebungen zum Ausdruck bringt. Die KPD verlangte vom Ortsausschuß, daß die Maifeier einen Kampfcharakter erhalte. Der Ortsausschuß aber versuchte, die KPD zu veranlassen, ohne jede Sicherung, den Reformisten die Vorbereitung und Durchführung der Maiveranstaltung allein zu überlassen. Als die KPD erneut darauf hinwies, **daß sie auf eine eigene Maikundgebung verzichten kann, wenn die von den Gewerkschaften vorzubereitende Maiveranstaltung Kampfcharakter trage,** schickte der Ortsausschuß der Partei diesen Schreibebrief:

„... **Ebensowenig wie wir uns das Recht anmaßen, Ihnen Vorschriften über die innere Ausgestaltung Ihrer Veranstaltungen zu machen, ebensowenig können wir als Organisation uns von anderen Stellen Vorschriften machen lassen, wie die Maifeier im einzelnen auszugestalten ist...**"

Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten wurstelten in der Tat hier so, dort anders, ohne jede Linie, grad' wie es ihnen politisch in den Kram paßt. Während der ADGB, Ortsausschuß Dresden, Ende Februar „die Durchführung der diesjährigen Maifeier den politischen Parteien selbständig" durchzuführen empfahl, maßt sich der Ortsausschuß Freital an, den Weltfeiertag des Proletariats zu einer **inneren Gewerkschaftsangelegenheit** zu machen. Ob aus Unwissenheit haben wir in der mit Dummheit und Bosheit sehr dick gespickten Geschichte des deutschen Reformismus wahrhaftig noch nicht auf einem Haufen gelesen.

Am Tage der hundertsten Wiederkehr des Bastillesturmes beschlossen die **politischen Parteien,** die sich in Paris zur Gründung der 2. Internationale versammelt hatten, den 1. Mai zu einem Weltfeiertag des proletarischen Proletariats zu machen. Unsere Freitaler Reformisten dürften doch wohl wissen, daß in der Vorkriegszeit die Arbeitsruhe am 1. Mai von ihren größeren Kollegen auf unzähligen Parteitagen und Gewerkschaftskongressen scharf bekämpft wurde. Die Parteien und insbesondere der revolutionäre Teil des Proletariats waren es, die gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer die Maikundgebungen durchführten.

Warum versuchen heute die Reformisten die KPD von der Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung der Maikundgebung auszuschalten? Weil die Gewerkschaftsbürokraten keine Kundgebung im Sinne der revolutionären Arbeiter wollen. Kein Freitaler Arbeiter kann einverstanden sein, daß die schwarz-rot-goldenen Gewerkschaftsführer den roten Kampfmai verschanden. Wir **Kommunisten sind nach wie vor für eine einheitliche Kundgebung, die unter dem roten Banner und unter Losungen vor sich geht, die alle Arbeiter, gleichgültig, ob sie kommunistisch oder sozialdemokratisch organisiert oder parteilos sind, als ihre Losungen ansprechen.** Weil die Freitaler Gewerkschaftsführer durch ihr Verhalten offen zeigen, daß sie diese Selbstverständlichkeit nicht wollen, müssen sie von den Arbeitern in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen gezwungen werden, ihre Zerstörungsarbeit einzustellen.

Arbeiter! Erkämpft eine geschlossene revolutionäre Maikundgebung.

Nachtwageneinschränkung. Vom 16. zum 17. und vom 17. zum 18. März, von nachts 1 Uhr bis 4,30 Uhr früh, Linie 13: Zwischen Querallee und Dorfplatz Reick unterbrochen. Ersatz: Kraftomnibus; vom 17. zum 18. und vom 18. zum 19. März von nachts 1 Uhr bis 4,30 Uhr früh: Linie 22 nur nach und vom Straßenbahnhof Freital.

Zoo. Zu den vier jungen Löwen und dem einen jungen Tiger haben sich im Laufe der letzten Wochen noch zwei Leoparden gesellt, die dem Anschein nach ebenso gut gedeihen werden wie die Erstgenannten. Jetzt hat sich auch der bald vierjährige übersiche Tiger Sascha mit einer der etwa gleichaltrigen Löwinnen gepaart, so daß Ende Juni junge Tigerlöwen zu erwarten sein dürften. Solche Kreuzungen sind vor Jahren bereits erzielt und auch im Dresdner Garten schon gezeigt worden. Auch Löwentiger wurden bereits gezogen; sie zeichneten sich ebenfalls durch ihre außerordentliche Größe aus, waren aber „geistig" nicht auf der Höhe. — Das junge vierblättrige Löwenkleeblatt kann übrigens bereits den Besuchern gezeigt werden, da die Mutter sehr ruhig ist; ebenso wird das vierblättrige Braunbärenkleeblatt vom Anfang Januar, das sein Lager noch nicht verläßt, den Besuchern auf Wunsch hinter den Kulissen gezeigt.

Donnerstag, den 17. März, nachm. 5 Uhr im Rest. Lindengarten, Königsbrücker Str.

Betriebsversammlung

für sämtliche im Industriegelände gelegenen Betriebe mit weibl. Belegschaft

Tagesordnung: Internationaler Frauentag. Der Kampf der Frauen gegen die verschärfte Ausbeutung. Ref.: Dr. Schmincke. Anschließend musikalische Darbietungen.

Proletarierlos

Heidenau. Am Dienstag, dem 8. März, verunglückte bei Krause u. Baumann (Neubau) der Bauarbeiter Friedrich Hebold von hier tödlich. Hebold war mit Kiesschaufeln beschäftigt. Das Auto von Gebr. Friedrich, Dohna, welches Kies gebracht hatte und zur Rückfahrt bereit war, und hinter dem Hebold arbeitete, fuhr über Hebold hinweg, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Welche Vorsichtsmaßnahmen da außer acht gelassen wurden, muß die gerichtliche Untersuchung ergeben. Bemerkenswert dürfte sein, daß dieser Unfall sich schon vormittags laut Zeugenaussagen hätte zutragen können. Auf keinen Fall dürfte die Meldung, die der Pirnaer Anzeiger gebracht hat, zutreffen.

Soermus spielt in Coßmannsdorf

Auf vielseitigen Wunsch spielt erstmalig der russische Geiger Soermus am 16. März, abends 8 Uhr in Coßmannsdorf zugunsten des Landeskinderheims der IAH. Der Gesangverein Volkschor wird dem Gen. Soermus ein Begrüßungslied entgegenbringen. Ebenso wird der Gen. Körner, Freital, mit einer Tanzgruppe dieses Konzert verschönern helfen. Damit wir den Gen. Soermus mit einem vollen Saale begrüßen können, richten wir die Bitte an alle Einwohner der umliegenden Orte, dieses Konzert zu besuchen und das Werk der proletarischen Solidarität tatkräftig zu unterstützen.

Radeberg. (Aenderung von Straßennamen.) Im Interesse der Durchführung einheitlicher Straßenbezeichnungen für Durchgangsstraßen treten in den Straßennamen folgende Aenderungen ein: Fabrikstraße, künftig Dresdner Straße; Hindenburgstraße, zwischen Schiller- und Goldbachstraße, künftig Friedrich-Ebert-Straße; Hindenburgstraße, zwischen Goldbachstraße und Forststraße, künftig Hindenburgstraße; Lange Straße, zwischen Bismarckstraße und Gasthaus Zur Quelle, künftig Pulsnitzer Straße, verlängert bis zur Oberstraße; Lange Straße, zwischen Gasthaus Zur Quelle und Friedhofstraße, künftig Lange Straße (Verlängerung in der Richtung Lomdorf geplant); Lange Straße, zwischen Friedhofstraße und Badstraße, künftig Otto-Bauer-Straße, zur Erinnerung an den früheren Bürgermeister von Radeberg (im Amte vom 1. Oktober 1895 bis zu seinem Tode am 21. Oktober 1916); Südstraße, künftig Pirnaer Straße; Dresdner Straße, zwischen Röderfluß und Obergraben, künftig Hauptstraße. Die bisherigen Straßennamen werden mit entsprechendem Zusatz an den Straßenecken bis auf weiteres angebracht bleiben. Die neuen Hausnummern werden durch das Stadtbauamt kostenlos angebracht werden, jedoch wird den Hauseigentümern empfohlen, die bisherigen Straßennummern mit einem entsprechenden Zusatz noch bis auf weiteres an ihren Grundstücken zu belassen.

Brand-Erbisdorf. Die diesjährige Entlassungsfeierlichkeit der Allgem. Volksschule findet Freitag, den 18. März, nachmittags 6 Uhr im Saale des Hotels Stadt Dresden statt. Die städtischen Körperschaften, die Mitglieder des Schulausschusses und des Elternrates, die Eltern der Abgehenden, sowie Freunde und Gönner unserer Schule werden zu dieser Veranstaltung herzlichst eingeladen. Die Lehrerversammlung.

Die Wiederholungskonzerte des russischen Geigers Soermus finden statt:

Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, in Watzles Etablissement, Leipziger Straße, unter Mitwirkung des Vereinigten Männerchors Dresden-Neustadt. Chormeister O. Neubert.

Montag, den 21. März, abends 8 Uhr, im **Königshof,** Dresden-Strehlen.

Außerdem spielt Soermus heute, Mittwoch, 16. März, in Wetzlichs Gasthof Coßmannsdorf, und Sonnabend, den 19. März, im Zentralgasthof Weinböhla.

So werden Mäde behandelt

Bolewitz. Von einem Landarbeiter wird uns berichtet: Bei dem Gutsbesitzer Eichler in Bolewitz war seit Dezember vergangenen Jahres eine Magd beschäftigt. Als dieselbe wegen der schlechten Behandlung die Stelle verlassen wollte, wurde sie von dem Gutsbesitzer aufs gröbste beschimpft. Die gemeinsten Ausdrücke wurden ihr an den Kopf geworfen. Doch damit nicht genug, hatte der Gutsbesitzer die Magd in der Gesindestube beim Gutsbesitzer Jennisch überfallen und sie fürchterlich geprügelt. Regelrechte Lohnabrechnungen hat das Mädel nie zu sehen bekommen, so daß sie einfach nicht in der Lage ist, das Geld, wofür ausgezahlt worden ist, auf die Richtigkeit hin nachzuprüfen.

So sieht die Behandlung vieler in der Landwirtschaft aus bei schwerer körperlicher Arbeit, geringem Lohn, und wenn es dem Gutsbesitzer gefällt, noch Prügel. Es wird höchste Zeit, daß die Knechte und Mäde erkennen, daß auch sie sich in der roten Klassenfront organisieren müssen, wollen sie erfolgreich gegen solche Ausbeuter ankämpfen.

Die Daberschauer Erwerbslosen gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz

In einer Erwerbslosen-Protestversammlung wurde folgende Resolution beschlossen: „Die im Gasthof Leske stattgefundene Erwerbslosenversammlung protestiert aufs schärfste gegen die Einführung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes. Wir behaupten, daß durch dieses keine Besserung der verzweifelten Lage, in welcher sich die Erwerbslosen befinden, hervorgerufen wird, sondern daß dadurch die Verelendung der breitesten Volksschichten noch mehr gefördert wird. Wir geloben, in einer Front mit denen zu stehen, die im Reichstag sowie an anderen Stellen gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz kämpfen. Wir rufen weiter allen denen, die heute noch im Produktionsprozeß stehen, zu, mit uns gemeinsam den erbittertsten Kampf gegen dieses neue Schandgesetz zu führen."

Seifhennersdorf. Der Touristenverein „Die Naturfreunde" veranstaltet am Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr im Gasthaus zum Hirsch einen Werbeabend, verbunden mit Lichtbildervortrag: Von der Lausche bis zur Elbe. Eintrittspreis 20 Pf. Desgleichen wird auf das Sonntag, den 20. März, im Hotel Kretscham von der Roten Hilfe zugunsten der politischen Gefangenen veranstaltete russische Konzert mit anschließendem Tanz aufmerksam gemacht. Zu diesen Veranstaltungen wird die Einwohnerschaft von Seifhennersdorf herzlichst eingeladen.

Rundfunk

Donnerstag, den 17. März:

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agunte.
6,05—6,20 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
6,20—6,30 Uhr: Steuerrundfunk.
6,30—6,55 Uhr: Deutsche Welle Berlin. G. van Eeseren und E. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
7—7,30 Uhr: Vortragsreihe: „Faust." Letzter Vortrag. Prof. Dr. Witkowski: „Goethes Faust auf der Bühne."
7,30—8 Uhr: Ministerialrat Dr. Mater-Dresden: „Die Briefmarke im Dienste der Wohltätigkeit."
8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe.
8,15 Uhr: Von Dirigenten und Virtuosen. Mitwirkende: Simon Goldberg (Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters Dresden (Violine), Stefan Auber (Cello), Emil Klinger (Klavier), Franz Kullmann (Rezitationen).
Anschließend Funkpranger.
Etwa 10,10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
10,30 Uhr Funkstille.

Wetterdienst vom 16. und 17. März. Wechselnd bewölkt, in den Morgenstunden noch örtlich neblig, Flachland leichter Nachtfrost, um Mittag ziemlich mild. Schwache bis mäßige Winde aus südöstlichen bis südlichen Richtungen. Luftdruckverteilung: Hoher Druck größter Teil Europa. Kern über 775 Millimeter Deutschland, Polen. Tiefer Druck westlich der britischen Inseln.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag", Druckereifiliale Dresden.

Arbeitersport

Turnspiele

Raffballresultate der Außenzone vom 13. 3. 1927.

Mitglieder:

Reick 1—Pieschen 1 3:8. R.s Sturm war zu schwach, um **den** 1. Torwächter zu überwinden.

Wilschdorf 1— Dresden 1885 1 1:7. 1885 war von Anfang **bis Ende** tonangebend, nur der Torhüter der **Schwarz-Gelben verhinderte** eine noch höhere Niederlage.

Ottendorf 1—Striesen 1 0:6 (0:1). Str. mit Gegenwind **hatte** das Spiel jederzeit in der Hand. O. hatte eine **Stütze im** Schiedsrichter.

Löbtau 1—Königsbrück 1 6:4 (3:0). K. hätte das Spiel bei **mehr Glück für sich** entscheiden können, stand es doch 5 Minuten **vor** Schluß 4:4.

Pieschen 2—Rippien 1 7:6.

Berichtigung! Ottendorf 1—**Altstadt** 1. Das Resultat **heißt nicht, wie berichtet, 7:1 für Ottendorf, sondern 7:1 für Altstadt.**

Untere Mannschaften: Ottendorf 2—Striesen 2 3:4.

Jugend: Reick 1—Kaditz 2 1:3. Pieschen 1—Kaditz 1 1:4. Striesen 1—Ottendorf 1 2:0. Striesen 1 Jungh.—Deuben 1 3:2.

Berichterstatter, vergeßt die für **Donnerstag, den** 17. 3. 1927, festgesetzte Sitzung nicht. Wichtige Tagesordnung.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Wanderungen am **19./20. März** 1927. Ortsgruppe Dresden. 19. Mondscheinwanderung durch die Heide nach Ullersdorf. 20. Tw. m. V.: Langenhennersdorf, Eiland, Hoher Schneeberg, **Tyssaer Wände,** Gottleuba. Abf. 19. März Hbf. nach Langenhennersdorf (SK **Gottleuba).** 20. Nw.: Brüderweg, Sonnentempel, Somsdorfer Schweiz. Abf. 1.13 Hbf. nach Hainsberg (SK Tharandt). F.: Seiffert. Jugendabteilung: Tw. m. V.: **Bautzen.** Treffen **19. März, 4.15 Neust. Bhf. F.: Roßberg. — Ortsgruppe** Plauenscher Grund. Tw. m. V.: Arbeitstag im Königsteiner Haus. Abf. 4,53 Hbf. Dresden (SK Königstein). F.: **Henn.** Jugendabteilung: Tw. m. V.: **Arbeitstag im Königsteiner** Haus. Abf. Hainsberg-Coßmannsdorf: Tw.: Oberes Triebischtal, Struth. 6 Uhr VL. F.: A. **Materni. Wintersportsektion:** Tw.: Zinnwald, Lugstein. F.: **Müller. — Vereinigte Kletterabteilung im TVDN. Wanderung** in die Schrammsteine. Abends treffen sich alle Genossen im Gasthof Erbgericht, **Postelwitz.** — Loschwitz. **Nw.: In die Heide. — Lößnitzortschaften.** Tw.: **Lößnitzgrund. Abf** 5,08 **Bhf.** Radebeul. — Bannewitz u. Umg. **Tw.: Moritzburg.** 7 Uhr. F.: **Otto Holde.** Jugendabteilung: Morgenwanderung mit Frühlingsfeier. 5 Uhr Bahnhofs-Eingang. — Hellerau. Tw. m. V.: Pflichtwanderung nach Dönschten. F.: **P. Knöschke. — Borsdorf u. Umg.** Tw. m. V.: (**Uebernachtung in Dönschten).** F.: Otto **Wolf.**

„Naturfreunde", 1. Bezirk. Am 8. **Mai veranstaltet** der 1. **Bezirk** der „Naturfreunde" einen Sonderzug in das herrliche Schönheiten bietende Nordostböhmen. Die Fahrt erfolgt ab Dresden etwa 3.30 Uhr früh, und am Abend treffen die Teilnehmer in Dresden ein. Das Fahrtziel ist Hirschberg in Böhmen und wird über Teischen erreicht. Fahrt und **Paßgebühren** werden etwa 6,60 M. betragen. Auskünfte und Anmeldungen bei den Ortsgruppen der „Naturfreunde" und in Dresden im Sportgeschäft von Heinrich Fuhrmann am Neumarkt, in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Dresden, Ritzenbergstr. 4, pt. (Mittwochs von 6—7 Uhr). Tourenplan:

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Bezirk, 1. Gruppe. Die erste diesjährige Gruppenvorturnerstunde, welche vom guten turnerischen Geiste beseelt war, fand unter zahlreicher Beteiligung in der Turnlehrerbildungsanstalt statt, so daß in zwei Abteilungen geturnt wurde. In der anschließenden Sitzung ergab die Kritik, daß man mit dem gezeigten Material zufrieden **war. Die Gruppenfest-Frei- und Wettkampfübungen wurden einstimmig gutgeheißen.** Die Statistik zeigte, daß **Striesen als einziger Verein fehlte.** Es wurde beschlossen, die Lehrstunden eine halbe Stunde früher beginnen zu lassen. Beim Verschiedenen wünscht **man, die Maifeier seitens des Sportkartells unter Hinzuziehung aller Arbeiterorganisationen abzuhalten.**

Fr. Turn- und Sportverein Neustadt. Bezirks-Jugend-Ausschußsitzung am 17. März, 7 Uhr, Fußball-Geschäftsstelle.

Freier Turn- und Sportverein Freital-Burgk. Mittwoch, den **16. März,** 7.30 Uhr Turnratssitzung. — Freitag, den 18. März gemeinsame Turnstunde, hierauf Mitgliederversammlung in Stades Gasthaus. Mitglieder, besucht die Versammlungen reger!

Freier Sportverein 1921 Neugersdorf. Neue Zuschriftenadresse: Erwin Müller, **Spielobmann,** Heinrich-Heine-Straße 14. Spielforderungen **für 1., 2. und 3.** Elf, sowie 1. und 2. Jugend und 1. Schüler sind **nur an diese** Adresse zu richten.

Verein Volksgesundheit, Bezirk Freital-Burgk u. Umg. Donnerstag, den 17. März, 8 Uhr abends im Restaurant zur Hopfenblüte, Freital-Burgk: Oeffentlicher Experimentalabend in physischen und magnetischen Erscheinungen. Genosse G. Forster, **Dresden,** ist hierzu gewonnen **worden.** Die Mitglieder **werden** gebeten, für einen vollen Saal **zu sorgen.** Gäste willkommen. Eintritt frei.

Freie Wassersportvereinigung Sachsen, 4. Kreis, 2. Bezirk. Donnerstag, abends 7.30 **Uhr:** Bezirksvorstandssitzung (Geschäftsstelle). Partei- und **Gewerkschaftsbuch,** sowie Kirchenaustrittsbescheinigung nicht **vergessen.**

Sportver. Dohna. Mittwoch, den 16. März, abends 7 Uhr: Sitzung im Rathaus.

Arbeiter-Athleten. Der Ringkampf in der B-Klasse um die Kreismeisterschaft zwischen **den Mannschaften** Planitz gegen Sandow endete 11:17 **zugunsten des 1. Dresdner** Kraftsportvereins Sandow.

Arbeiter-Athleten Radeberg. Am Sonntag, den 20. März, findet nachmittags 2 Uhr **im Deutschen Hause** die Klubmeisterschaft 1927 im Ringen statt. Guter Sport wird geboten. Es kämpfen: A-Klasse: Tietze (Klubmeister 1926), Günther Gg., Kurze, Körner, Müller, Grießbach und Krahl. B-Klasse: Schneider (Klubmeister 1926), **Teich,** Rölig, Künzel, Urbanel, Gutekunst W., Gutekunst P., **Horn,** Jakusch, Mitiog, Jünger, Hause, Jung, Gameisku. **Abends** 6 Uhr Tanz.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Mittwoch, den 16. März:

Laußnitz. 8 Uhr **Beginn des Elementarkursus bei Gen.** Kretschmar, **der fortgesetzt wird am 19., 20., 23., 26.,** 27. März. Sympathisierende können teilnehmen.

Donnerstag, den 17. März:

Neustadt-West. Zusammenkunft **aller** erwerbslosen **Partei**genossen und RFB-Kameraden im **Bürgerhof, Bürgerstraße.** Referent ist anwesend.

Stadtteil Striesen. Abends 7,30 **Uhr: Fortsetzung** des Rußlandkursus im Glasewaldthof.

Stadtteil Striesen. 7,30 Uhr Sitzung aller Gewerkschaftsleiter der Zellengruppen und Betriebszellenleiter im Glasewaldthof.

Leuben. Arbeiter-Delegierten-Konferenz im Gasthof Leuben, 7,30 Uhr. **Bericht vom** Reichsparteitag.

Meißen. 7 Uhr letztmaliger **Rußlandkursus** im Gewerkschaftshaus.

Seifhennersdorf. Außerordentliche Funktionärsitzung abends 8 Uhr beim Genossen Porsche.

Freitag, den 18. März:

Orgkommission **abends 7,30 Uhr im Parteibureau.**

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch, den 16. März:

Südwest. Gruppenabend beim **Genossen** Helmut, abends 7,30 Uhr.

Gruppe Alt- und Friedrichstadt. Gewerkschaftsfraktionssitzung um 7,30 Uhr in der JAH, Güterbahnhofstr. 24.

Donnerstag, den 17. März:

Gruppe Altstadt. Mitgliederversammlung mit Buchkontrolle bei Mikks, Fischhofplatz 14, 7,30 Uhr. Gewerkschaftsbuch, Kirchenaustrittsbescheinigung usw. mitbringen. Das Erscheinen **aller Mitglieder ist Pflicht.**

Südwest. Märzfeier im Luftbad Hebbelstraße, abends 7,30 Uhr. **Parteigenossen, schickt eure Kinder in die Jugend.**

Neustadt. Mitgliederversammlung im Kameraden, Oppelstr. 9, abends 7,30 **Uhr. Erscheinen aller Mitglieder** ist Pflicht. Mitglieds- und **Gewerkschaftsbuch nicht vergessen.**

Roter Frontkämpferbund

Achtung! Roter Tag in Liegnitz!

Am 26. **und 27. März 1927 findet der erste Rote Tag** des Jahres 1927 in **Liegnitz statt. Heute schon appellieren wir an** alle Ortsgruppen, **sich zahlreich daran zu beteiligen und umgehend die Anzahl der Teilnehmer (Frauen getrennt) an folgende Adresse anzugeben: Thomas, Liegnitz, Steinmarkt 1, 3.**

Donnerstag, den 17. März:

Alle RFB-Kameraden, welche in der Partei organisiert sind, müssen kommenden Donnerstag, 7,30 Uhr abends, im Bürgerkasino erscheinen. **Parteibücher mitbringen!**

Abteilung 2. Abends 7,30 Uhr Funktionärsitzung im Abteilungsheim Vorwerkstraße 20.

Abteilung 8. Werbeversammlung in Baumgartens Gasthof, **Stetzsch,** abends 7,30 Uhr.

Abteilung 6. Abends 7,30 **Uhr** bei **Pohl, Elisenstr.** 56. **Alle** RFB- und **Jungfront-Funktionäre müssen zu einer** Funktionärsitzung erscheinen!

Schalmeienkapelle Neustadt. Uebungsabend **fällt aus, dafür** Freitag, den 18. März, **Stadt Leipzig 7 Uhr in Uniform.**

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Donnerstag, den 17. März:

Pirna. Abends 8 Uhr im Volkshaus Mitgliederversammlung. Bericht über Gaukonferenz.

Rote Jungfront

Mittwoch, den 16. März:

Programme für Märzkundgebung am 30. März in der Reichskrone heute, Mittwoch, im Gaubureau abholen. Vertrieb sofort aufnehmen. **Trefft die Vorbereitungen.**

Abteilung 1. 7.30 Uhr im Bürgergarten **Versammlung.** Pflichtdienst.

Proletarische Freidenker

Sonnabend, den 19. März:

Meißen. 8 Uhr im **Realgymnasium: Feierstunde** — Märzgedanken. **Gäste willkommen.**

Internationale Arbeiterhilfe.

Mittwoch, den 16. März:

Dresden-Johannstadt. Mitgliederversammlung in **Frommholds** Restaurant, **Geroksstraße.** Beginn abends 8 Uhr.

Donnerstag, den 17. März:

Dresden-Altstadt. Mitgliederversammlung im Bureau der JAH, Güterbahnhofstr. 24. **Vortrag über die Entwicklung** der Arbeiterbewegung. Beginn abends 8 Uhr.

UB **Dresden.** Die Unterbezirkskonferenz der JAH für Dresden findet am **Sonntag, den 20. März, vormittags 9,30 Uhr,** im RFB-Heim, **Vorwerkstraße,** statt. Die Ortsgruppen werden dringend ersucht, den ihnen bekannten Delegationsmodus einzuhalten. Gäste haben **Zutritt.**

UB **Ebersbach.** Die Unterbezirkskonferenz der JAH findet bestimmt am **Donnerstag,** den 17. März, im Bahnhofsrestaurant Ebersbach statt. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Vertreter des Landesvorstandes Gen. Schumann.

Werbeveranstaltung

der Kommunistischen Jugend Striesen

am Mittwoch, den 23. März 1927, abends 7.30 Uhr im Volkshaus-Ost, Dresden-Striesen. Künstlerische Darbietungen, Theater (satirische Szenen), Rezitationen, Sprechchor, Lieder **zur Laute und Mitwirkung des Mandolinenvereins „Rigoletto".** Kommt alle! Jungarbeiter, Lehrlinge, Schulentlassene, Parteigenossen und RFB-Kameraden sind herzlichst eingeladen.

KPD Striesen, KJV Striesen-Ost,
JSB Striesen, KJV Striesen-West.

Heute Mittwoch

7.30 Uhr abends, in den Annensälen
Fischhofplatz (Kleiner Saal)

Zellendelegiertenkonferenz

Bericht vom Reichsparteitag

Wollen Sie als Kenner gelten

so rauchen Sie **die ausgezeichnete Jasmatzi Pteo-Zigarette zu** 5 Pfg. Diese mit Recht so beliebte Marke wird auch in Ihnen **das Vertrauen zu dem guten alten Namen Jasmatzi erneut festigen.**

Jasmatzi PTEO zu 5 Pfg.

Allein echt von der G. A. Jasmatzi A. G. Dresden.

Amtliche Bekanntmachungen

— Brand-Erbisdorf —

Schuttabladeplatz

Es mehren sich die Fälle, daß Schutt, **Asche und** alte Blechgefäße **auf Halden,** öffentlichen Wegen und **Feldern** abgeladen **worden sind. Es** wird darauf hingewiesen, **daß die Asche** usw. **nur auf dem** Schuttabladeplatz in Niedererbisdorf, **an der Straße nach Himmelsfürst,** abgeladen werden darf.

Die Aufsichtsorgane sind zu erhöhter Aufmerksamkeit **angewiesen.** Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

Brand-Erbisdorf, am 14. März 1927.

Der Stadtrat.

— Freital —

Eine goldene Damenuhr

ist am 12. dieses Monats in Freital gefunden worden und hierher **zur Ablieferung** gelangt.

Eigentumsansprüche können im **hiesigen Fundamt — Verwaltungsstelle** C, 2. Stock, Zimmer 2 — **erhoben werden.**

Rat der Stadt Freital, am 14. März 1927.

Freibank. Donnerstag, den 17. März, **findet ab 8 Uhr vormittags Verkauf von** Rindfleisch **im rohen Zustande auf der Freibank im Stadtteil Deuben.** Hof des **früheren Rathauses, statt. Preis pro Pfund** 40 Pf.

Rat der Stadt Freital, am 16. März 1927.

Kluge Eheleute! Allesamt. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülappar. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Am 15. März 1927 verschied im Krankenhaus nach langem, schwerem Leiden unsere Genossin

Anna verw. Hein

Dresden-N., Leisniger Straße 8, I.

Die Einäscherung findet Freitag, den 18. März, nachm. 3 Uhr im Krematorium Tolkewitz statt. Genossen, erweist unserer alten Kämpferin die letzte Ehre. Erscheint zahlreich. **Bund prol. Kriegsopfer.**

Werbt neue Abonnenten

Theater am Wasaplatz

Bis Sonnabend, den 19. März, täglich 8 Uhr:

Der Wauwau

Eine lustige Komödie in 4 Akten von Hodges und Percyval, deutsch von Kommer
Spielleitung: Adolph Rodert

Arbeiter

kauft Eure

Arbeitssachen

bei

Ernst Klaar

Liliengasse 25
Ecke Josephinenstraße
Nähe Ostrabrauerei

Proletarische Freidenker Meißen!

Sonnabend, den 19. März 1927, abends 8 Uhr,
im Saale des Realgymnasiums

Feierstunde - Märzgedanken

Die Feier besteht aus Vorträgen, Rezitationen, Gesangs- und Musikvorträgen.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.

Der Vorstand

V.O LICHTSPIELE

Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Straße

Ab Donnerstag bis mit Sonntag (17.—20. März)

Im weißen Rößl

Ein Lustspiel mit Handlung, Humor und guter Musik mit **Liane Haid** in der Hauptrolle

Im Beiprogramm haben wir als **Varieté**-Einlage den König der Zauberer **Frank Maritt** verpflichtet, der unser geehrtes Kinopublikum in seinem Auftreten erregenden Pranzakt unterhalten wird

Keine **erhöhten Preise!** — **Keine erhöhten Preise!**

Anfang 6½ und 8½ Uhr

Sonntag nachm. ½3 Uhr

Große Kindervorstellung

Das gleiche verkürzte Programm mit Frank Maritt dem Zauberkünstler

Einheitspreis für Kinder **30 Pf.** auf allen Plätzen

In Vorbereitung: Der größte und neueste Russenfilm: Iwan der Schreckliche

Die Lage der arbeitenden Jugend

Fortsetzung des Referats des Genossen Geschke

Was haben wir als Kommunistische Partei dem gegenüber, und was hat unser Kommunistischer Jugend-Verband als Gegenforderung aufzustellen: Lehrwerkstätten, ja, Lehrwerkstätten in den Betrieben, **unter der Aufsicht von Staat und Stadt,** aber unter **Leitung der freien Gewerkschaften,** der Betriebsräte und der Jugend. Die Beschäftigung dort darf nur zu **menschlichen Bedingungen geschehen.**

Und, Genossen, **ein kurzes Wort jetzt zur Frage der Rationalisierung, zu der verstärkten Welle des Elends,** der Krankheit, der Not, die über die Arbeiter-Jugend, männliche und weibliche, hereingebrochen ist, und sich noch weiter verstärkt. Jugendliche Arbeiter **am Fließband,** zu immer größerer Hetzarbeit getrieben, **erliegen schneller dem Hetztempo. Die Krankheitsziffern unter den jugendlichen Arbeitern wachsen an. Die** Arbeiterschaft **hat die Verpflichtung,** die Interessen dieser Jungarbeiter in den rationalisierten Betrieben besser als bisher zu vertreten. Wir können heute schon bei den jugendlichen Arbeitern noch klarer **als bei den Erwachsenen feststellen,** daß im Rationalisierungsprozeß der Radikalisierungsprozeß wächst. Die bürgerliche Gesellschaft **spricht von einer Frühreife der Jugend.** Jawohl, **es ist eine Frühreife, aber diese Frühreife ist ein** Heranreifen **des Klassenbewußtseins,** eine Erkenntnis der Lage, in der sie leben. Wir werden diese Erkenntnis ausbauen und festigen, fundieren. **Wir werden** in diesem Radikalisierungsprozeß der Jugendlichen **sie zu klassenbewußten Kämpfern** erziehen.

Diesem Radikalisierungsprozeß **muß sich die bürgerliche Gesellschaft um ihrer selbst willen entgegenstellen.** Die Jugend soll ja ihr Jungborn sein, die ihrer Gesellschaftsordnung neue Säfte und **Kräfte zuführt.** Und, um diese Jungbrunnen zu erhalten, bedienen **sich die Unternehmer der verschiedensten Organisationen,** der **Parteien,** der Presse, der staatlichen und städtischen Jugendpflege, **des geistlichen Jugendschutzes der Kirche** und Schule. Welches sind die Methoden dieser kapitalistischen Jugendfürsorge? Ihr kennt die Gelben aus den Betrieben, gegen die wir schon vor 1914 **rücksichtslos kämpften.** Wir kennen ihre gelbe Wirtschaftspolitik. Wir kennen die Jugendheime in Leverkusen, Zeiß-Jena, **Siemens-Berlin.** Wir kennen die Methoden der Unternehmer, die jungen Arbeiter auf eine ganz bestimmte Spezialität **des Betriebes auszubilden.** Der Jugendliche **wird theoretisch und praktisch vertraut gemacht** in der betreffenden Industrie **mit der Herstellung eines bestimmten** Maschinenteils z. B. **Und wenn der Jugendliche bei diesem** Unternehmer nicht mehr die billige und willige Arbeitskraft ist, fliegt er heraus. **Und wenn es ihm** dann unmöglich ist, da er nur ganz einseitig ausgebildet ist, andere Arbeit zu bekommen, tritt er als Schmutzkonkurrent seiner Arbeitsbrüder auf.

Ein Wort über die „Dinta". Dieses Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung ist **hervorgegangen** aus der Lehrlingsschule der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Am 29. Mai 1926 wurde in Düsseldorf das „**Dinta-Heim**" eröffnet und die „Kölnische Zeitung" schrieb darüber:

> „In diesem **Hause** soll in Zukunft der Generalstab des Instituts wirken. Hier wird planmäßig die Hauptausbildung des Führerstabes vor sich gehen, den der Leiter Oberingenieur Arnold nach einem **bestimmten** bereits sehr weit gediehenen Plan, an die einzelnen Industrien und organisationsbedürftigen Betriebe abordnet, um dort Lehrwerkstätten einzurichten und die Ausbildung des Arbeiternachwuchses insbesondere aber die berufliche und die allgemein menschliche Pflege **des jungen Facharbeiters** in die Hand zu nehmen."

Also nicht nur die **Heranbildung als Facharbeiter,** sondern **auch die menschliche Pflege.** Weiter wird gesagt: „Das Problem heißt nicht nur Lehrwerkstätten und Unfallverhütung, es heißt **Menschenführung."** Wir müssen dahin streben, daß wir die Arbeiterschaft in allen Dingen führen können. In diesem Problem gehört auch das Anlernen von erwachsenen Menschen, das demnächst auch im Bergbau eine Rolle spielen wird. Auch die Frauen müssen **in diesem Werdegang** hineingezogen werden. Die Frauen spielen im Leben des Arbeiters eine entscheidende Rolle. Die jungen Mädchen müssen tüchtige Hausfrauen werden. Wir haben sie heranzubilden."

In einer **stattlichen Anzahl von Firmen wird schon nach dem** „Dinta-System" gearbeitet.

Außerdem bringt das **Dinta-Institut zur Zeit 40 Werkszeitungen in einer Gesamtauflage von 230 000 Exemplaren** heraus, die folgendermaßen gekennzeichnet werden müssen:

> „In diesen Zeitungen ist die Behandlung der Lohn- und Arbeitszeitfragen **auszuschalten.** Man muß diese Zeitungen gesehen haben, um ihre Tendenz zu erkennen. Wie die „**Darstellung der die ganze Volks- und Welt**wirtschaft durchschneidenden technischen und wirtschaftlichen Spezialitäten" beschaffen ist, das zu erraten, ist nicht schwer bei der ganzen Art des geschilderten Unternehmens. Daneben kommen Darstellungen der „Heimat" Antiunfallpropaganda usw. zur Sprache. Jeder Geburts- und Todesfall, Arbeitsjubiläen und anderes finden bereitwilligst **Aufnahme.** Die Werkszeitung ist aber darüber hinaus das amtliche Werkorgan, dessen sich der Fabrikherr oder die Direktion bedient, um zu der Werksbelegschaft über **wichtige Vorgänge** in Werk und Wirtschaft zu sprechen, **das die Verwaltungsbüros benutzen,** um mit ihren **Bekanntmachungen an jeden Arbeiter und** Angestellten **heranzukommen."**

Und nun, Genossen, **was ist das Ziel dieser „Dinta"-Organisation?** „Das Ziel ist die Produktionssteigerung, so daß die Wirtschaft gut und billig produziert. Dafür gibt es drei Möglichkeiten: hochwertige Maschinen, rationelle Betriebsführung, Leistungssteigerung pro Kopf, ohne mehr an Kraft, Stoff und Zeit einzusetzen. Die Methode besteht darin, Hemmungen, welche sich bemerkbar **machen im Produktionsprozeß,** und nach deren Ursachen nach seiner Angabe innerhalb und außerhalb des Werkes liegen, **zu beseitigen und die schlummernden Kräfte** in ihm zu wecken und anzuspannen, daß sie selbstlos dem Betriebe dienen. Darum beschränken sich diese Arbeiten nicht nur auf den Arbeiter im Betrieb, **sondern gehen auch darüber hinaus.** Für die Kinder ist der Kindergarten da, für die Frauen und Mädchen die Vorträge, Haushaltungskurse. Den Invaliden werden weitgehendste Möglichkeiten geschaffen, im Raume des Werkes die „halbe" **Kraft noch auszuwerten.** Das wichtigste aber ist die Ausbildung der Facharbeiter und der Lehrlinge. Arnold will „wendige Facharbeiter". Der Krebsschaden, die große Arbeitsunlust und — Unfähigkeit beruht nach Ansicht Arnolds darauf, daß der Arbeiter nur **auf** einem ganz schmalen Gebiet zu Hause ist und nicht über die Grenzpfähle seiner Arbeit hinausschauen kann. Er bemüht sich darum, den Arbeiter von seiner Lohnsklavengesinnung **zu befreien.** „Nicht nur an die Arbeitsschulung **denken wir, an das technische,** handmäßige Schaffen, nein, **wir wollen ihm auch eine andere Einstellung** zur Arbeit **geben. Die Arbeit soll ihn wieder lebensfroh und** sonnig, sie **soll ihm wieder Freude machen."**

Nun, Genossen, mehr könnt ihr nicht verlangen. Aber neben dieser Werkstattausbildung **werden noch Werkschulen** eingerichtet, vier Jahre lang wird dort der Schüler 10 Stunden wöchentlich unterrichtet. Dort wird betrieben Fachkunde, Fachrechnen, Fachzeichnen, usw. Dort läßt Arnold spielen, Sport treiben, turnen, wandern, gibt ihnen Gelegenheit Radio zu hören, Radio zu bauen. Er erteilt ihnen Bastelkurse und unterweist sie in der Baukunst von Gerüsten, läßt sie musizieren, Theater spielen, Ausstellungen und Vorträge besuchen. Das Ziel ist immer „einen Geist in den werdenden Arbeiter zu pflanzen, **der nicht lediglich auf den Erwerb materieller Güter eingestellt ist,** eine Gesinnung des Qualitätsarbeiters, die ihn auch ohne äußerlichen Zwang **einen anständigen Kerl** sein und **bleiben läßt.** Und über diesen anständigen Kerl sagt **Herr Arnold:**

> „Hier **wächst in aller Stille ein neues industrielles** Geschlecht heran, klug, stolz, versöhnlich und innerlich freier Träger **eines deutschen Ethos aus altgermanischer Zeit."**

Wir können also zusammenfassen, was die „Dinta" ist: **Sie bedeutet den Kampf gegen die freien Gewerkschaften, bedeutet die Geistesumbildung von Millionen Arbeitern, bedeutet Kampf gegen die Jugend und ihre klassenbewußten Organisationen.** Nicht geradlinig, nicht auf gelbe Verbände abgestellt, sondern **unter Anwendung aller Raffinessen der** Pädagogik, mit Hilfe von Werkschulen, der Unterstützungskasse, der Lehrlingsvereine, der **Werksgemeinschaften, der Lehrlingswohlfahrtseinrichtungen und — nicht zuletzt — der Werkswohnungen.** So arbeiten die Unternehmer **auf die Gewinnung der Jugend und älteren Arbeiter bis Männer wie Frauen.**

Wir müssen gegenüber dieser Dinta, gegenüber **diesen** Methoden der Unternehmer **unsere Forderungen setzen,** unsere Losungen in die Reihen **der jugendlichen Arbeiter** und Arbeiterinnen hineinwerfen gegen die Lehrlingsvereine, gegen die Werksgemeinschaften, auch gegen die **Arbeitsgemeinschaften,** nicht nur, wie sie Herr **Stegerwald vom Zentrum meint,** sondern auch dagegen, wie Herr Reimart und Herr Silverberg sie auffassen.

Jawohl, wir sind für fachmännische Ausbildung, aber unter Kontrolle der Betriebsräte und der **Gewerkschaften** und nicht vom Unternehmer, sondern von Staat **und Stadt auf Kosten** der Unternehmer unter Kontrolle der Arbeiter, zu **durch Tarife** festgelegten Lohnsätzen. Wir erklären hier: was mit dem Werksport, der **in Wirklichkeit nichts** anderes ist als verdeckte faschistische Wehrorganisationen gegen die Arbeiterklasse. Wir betonen, daß wir für die Abschaffung aller privaten Lehrverträge eintreten.

Ein anderes Kapitel ist das Thema „Volkshochschule" in Berlin-Treptow, über deren Arbeit und Arbeitsmethoden Genosse Geschke längere Ausführungen **macht.** Darauf **beleuchtet** und charakterisiert der Referent **die nationalistischen,** faschistischen, katholischen, christlichen und andere Jugendorganisationen. Nun zur SAJ und den Jugendsektionen der Gewerkschaften, und dabei ein paar Worte zu **der Geschichte** der Arbeiterjugend und zu dem **Kommunistischen** Jugendverband. Der Kommunistische Jugendverband **entstand** aus **dem Kampf gegen** den Opportunismus und **Reformismus innerhalb der** Arbeiterjugend von 1914. **Er entstand in der Kriegszeit von 1914** bis 1918, er entstand in dem **Kampfe gegen Burgfriedens-** und Arbeitsgemeinschaftspolitik. **So erfolgte die Trennung** von der „Arbeiter-Jugend". Heute **können wir feststellen, daß diese** SAJ im „Reichsausschuß **der deutschen Jugendverbände"** zusammen mit den **bürgerlichen Jugendorganisationen sitzt.** Sie begründen diese **Angehörigkeit zum Reichsausschuß der deut**schen Jugendverbände damit, **daß sie die bürgerlichen** Jugendverbände von den **Erwachsenen ihrer Partei trennen wollen.** Heute ist die SAJ nur aus pädagogischen Gründen gegen das Reichsbanner. Heute tritt die SAJ ein für die Republik und ist gegen die **Kommunisten.** Die SAJ „vertritt" die Interessen der Jugend genau so wie die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter. Heute ist die „Sozialistische Arbeiter-Jugend" für die Koalitionspolitik, nicht für den gemeinsamen Kampf des Jungproletariats mit dem Proletariat, sie ist für Schwächung der Front der Arbeiterklasse. Das hat dazu geführt, daß diese SAJ heute im Höchstfalle eine Mitgliederzahl von 50 000 hat. Heute geht durch die Presse die Meldung, daß die Rebellion in der Arbeiterjugend jetzt ihren Ausdruck findet in der Abspaltung ganzer Gruppen von der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend", wie es sich zum Beispiel in Berlin gezeigt hat. (Beifall und Bravo-Rufe.)

Nun ein Wort zu den **Jugendsektionen** der Gewerkschaften. Ich erkläre vorweg, diese Jugendsektionen **lenken** die Jugend ab und sind in Wirklichkeit nur Bildungs- und Unterhaltungsinstitutionen der Gewerkschaftsorganisationen. Wir als Kommunisten sind prinzipiell Gegner dieser Jugendsektionen. Selbstverständlich, wo es **notwendig ist,** wo **es** zweckmäßig ist, werden wir diese Jugendsektionen zu diesem ausgesprochenen Zweck benutzen.

Und nun, Genossen, muß ich eingehen auf ein ganz besonders wichtiges, **politisches** und umfangreiches Gebiet, das ist die Jugendfürsorge, **der Jugendschutz in der deutschen Gesetzgebung.** Wir haben die Zusammenfassung aller Schutzbestimmungen im Arbeiterschutzgesetz. **Aber in diesem Gesetzentwurf wird festgestellt, daß kein ausreichender Urlaub für Jugendliche mit hineingearbeitet worden ist, daß er keine freien** Sonnabendnachmittage, **sowie sie durch unsere Anträge gefordert worden sind, enthält. Wir können feststellen,** daß dieses Arbeiterschutzgesetz **ein Gesetz der Unternehmer ist,** das zwar **die Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre** erfolgt ist, aber daß Jugendliche **zwischen 16 und 18 Jahren auch Sonntags beschäftigt werden und Nachtarbeit** leisten **können** und deren Arbeitszeit gesetzlich **festgelegt wird auf 50 Stunden wöchentlich.** Dazu kann pro **Woche eine dreistündige Vorbereitung und Ergänzungsarbeitszeit hinzugenommen werden. Das** zweite Gesetz, das erst **vor wenigen Wochen großes Aufsehen** in der Oeffentlichkeit ausgelöst hat, ist das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor **Schmutz und Schund.**

Genosse Geschke beleuchtet das Arbeiterschutzgesetz, das Gesetz „zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund".

Ein ganz klares Bild gibt uns der Prozeß, der jetzt gegen die kommunistischen Buchhändler und gegen die Setzerlehrlinge geführt wird, ein Prozeß, in dessen Verlauf der bekannte Staatsanwalt Niebner erklärte, daß die ungeheure Zersetzungsarbeit, die durch die Schriften der Kommunisten in der Landbevölkerung, zum Beispiel in Ostpreußen, vor sich gegangen sei, es notwendig mache, die Paragraphen der Gesetze ganz streng und scharf gegenüber dem Buchhändler bis hinunter zu den Setzerlehrlingen anzuwenden. Auf Grund dieses Schmutz- und Schundgesetzes hat es die Bourgeoisie auch nicht mehr notwendig, aus politischen Gründen Schriften zu verbieten. Sie kann es machen aus sogenannten sittlichen, moralischen und kulturellen Gründen.

Wir haben noch ein Gesetz, **ein Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, ein Gesetz,** wo festgestellt wird von den Polizeiorganen, wie Sitte und Moral gefährdet werden. Worin aber eine sittliche Gefährdung besteht, wird nicht angegeben. Genosse Geschke **spricht ausführlich zu dem Inhalt** dieses Gesetzes und weist nach, **daß das Ziel ist: das Verbot des KJVD., aber nicht nur des KJVD., sondern unter Umständen** auch der **Arbeitersportler-Organisationen.**

Außerdem kommt noch in Frage das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Dieses **Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hat zum Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie geführt. Es sind Unstimmigkeiten vor allem hier im Rheinland zwischen Katholiken und Sozialdemokraten vorhanden. Das Zentrum** verlangt, daß die Jugendpflege, die Jugendfürsorge der Kirche unterstellt wird, daß vor allen Dingen nach Konfessionen Jugendpflege betrieben **wird. Zur gleichen Zeit hat die SPD** mit dem Zentrum die **Große Koalitions-Politik betrieben,** um **wieder in die Ministersessel zu kommen. Auch ein Beitrag** einer **Ergänzung des Janus-Kopfes der SPD.**

Genossen, nun einiges **zu den Fehlern und Mängel** unserer Arbeit, der Arbeit der Partei und des KJVD. Der größte Fehler ist die **nicht genügende Verbindung mit den Arbeitern im Betriebe,** in Gewerkschaft und in den **Massenorganisationen.** Aber der Jugendverband ist selbst noch keine Massenorganisation, obgleich er sich nicht zu schämen braucht neben der SAJ. Wir müssen feststellen, daß, gemessen an **der Stärke der Kommunistischen Partei, der Kommunistische Jugendverband** bedeutend stärker sein könnte und müßte. **Da könnte ich hier auf Grund der mir vorliegenden Statistik manch einem** Bezirk ein besonderes Privatissimum lesen, **manch einem Bezirk** sagen, daß er sich mehr um die Jugend **in seinem Bezirk kümmern soll.** Genossen, mir **haben die verfluchte Pflicht** und Schuldigkeit, in allen **Bezirken zu überprüfen, wie weit wir** unsere Pflicht gegenüber der Jugend **erfüllt haben,** und wir werden zugeben müssen, **wenn die Jugendorganisationen nicht** so stark sind, wie sie es sein könnten, es unsere **Schuld** als Parteiorganisation mit ist.

Ein zweiter großer Fehler ist die mangelhafte Teilnahme und Einstellung auf die **Arbeitskämpfe. Ich verweise** auf **Hamburg und Weißenfels,** wobei **ich betone,** daß eigentlich wenige Jugendliche von Hamburg **vom Kampf betroffen** wurden. Ein gutes Verhältnis **muß geschaffen werden zwischen** dem RFB. **zum erfolgreichen Kampf** Roter Jungfront und dem KJVD. zum erfolgreichen Kampf mit der Partei gegen den **Betriebsfaschismus.**

Wir müssen, und mehr als bisher, die **Beschlüsse der Kommunistischen Internationale halten. Wir haben nicht alle Beschlüsse erfüllt, die uns verpflichteten, in engster Fühlung mit** der Jugend zu stehen, **zu kämpfen und zu arbeiten.**

Wir müssen als **Kommunisten, als Vortrupp der deutschen** Arbeiterklasse, Freund, **Berater und Belehrer unserer arbeitenden** Jugend sein. Wir müssen aber **auch eines sagen: der KJVD. unterliegt der politischen Führung der Partei. Und wir müssen** noch etwas anderes sagen: **die Diskussionen, die innerhalb unserer** Partei geführt werden, **sind auch innerhalb des KJVD.** zu führen; die **Linie der Partei muß auch die politische Linie** im KJVD. sein.

Wir müssen mehr an der Herstellung der **Einheitskomitees** der Jugend in den Betrieben arbeiten. **Wir müssen mehr als** bisher die „**Reichskomitees der werktätigen Jugend" unterstützen** durch die Auslösung einer Massenbewegung in den Betrieben selbst. Wir müssen den KJVD. **bei seiner Reorganisierung auf Betriebszellen** fördern und dort, **wo jugendliche Arbeiter** beschäftigt sind, aber kein Mitglied des KJVD. vorhanden ist, muß die Partei Jugendsektionen aufbauen. Wir müssen dabei die Arbeitsmethoden des KJVD. berücksichtigen. Wir müssen berücksichtigen, daß wir vor allem die Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren am besten in Jugendheimen zu Spielabenden, Wanderungen usw. zusammenfassen müssen. **Wir haben besonders die Arbeit der KJVD. in der Jungfront und auch im RFMB. bei den Mädchengruppen zu unterstützen. Aber wir** müssen für unsere Fraktionsarbeit **besondere Methoden finden,** entsprechend der Struktur, dem Inhalt und **Gesicht dieser Organisationen.** Wir müssen wissen, daß wir als **Kommunisten** in diese Organisationen gehen. Und dort, wo wir **in den Gewerkschaften** Positionen haben, müssen wir mehr als bisher für die Heranziehung der Jugendlichen zur **Heranbildung jugendlicher** Vertrauensleute, **Betriebsfunktionäre, Lehrlingskommissionen** für die Interessen der Jugendlichen beim Abschluß von Tarifverträgen tun. **Nehmt Stellung zur Werkschule und zur** Schule überhaupt, zum Lohn- und Arbeitszeitabkommen, zum Streikrecht der Jugend, auch **wenn sie noch Lehrlinge sind. Hier** sind große Unterlassungssünden **seitens der Parteimitgliedschaft** gegenüber der Jugend zu verzeichnen. Wir müssen der Jugend bei ihrem **Fraktionsaufbau in allen Organisationen** helfen, wir müssen in **engster Zusammenarbeit mit dem** KJVD. überall, wo **jugendliche Massen vorhanden sind** Fraktionen aufziehen, wir **müssen diese enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend herstellen** durch eine stärkere Vertretung der **Kommunistischen Jugend bei der** Partei und der **Partei in der Kommunistischen Jugend.** Es genügt **heute nicht mehr,** wenn im ZK oder im Bezirk ein Verbindungsmann ist, sondern es muß noch ein Gewerkschaftssekretär, ein Org.-Sekretär, es **müssen drei bis vier Genossen** hinzugezogen werden, die mit der Jugend in inniger Verbindung stehen. Wir müssen der Jugend bei der Anwendung der **Einheitsfronttaktik helfen,** wir müssen ihr bei der Anwendung ihrer **Rußland-Delegationen helfen, zur Schaffung eines großen, breiten Gürtels sympathisierender jugendlicher Massen** und erwachsener Arbeiter. **Wir müssen an der Jugendpresse mitarbeiten. Wir müssen selbst aus den Betrieben, in denen Jugendliche** beschäftigt sind, die nicht **bei uns organisiert sind,** Artikel für die Partei- und Jugendpresse liefern. Wir müssen gemeinsam mit dem KJVD. **ein großes und breites Netz von Jungarbeiter-Korrespondenten ausbauen.** Unsere Redakteure müssen der Jugendbewegung stärkere Aufmerksamkeit schenken. **Die Verbindung der Reichstagsfraktion bis herunter zu den** kleinsten Gemeindeparlamenten mit der Jugend-Organisation muß aufs innigste durchgeführt werden. Die parlamentarischen **Aktionen müssen dann durch eine breite Massenagitation, durch** große Demonstrationen nicht nur des KJVD., **sondern auch der KPD. und des Jung-Spartakus-Bundes durchgeführt werden.**

Noch ein **kurzes Wort** zum Jung-Spartakus-Bund. Ich habe **gestern bemerkt,** daß verschiedenen alten Genossen so ein bißchen die Tränen in den Augen standen, als hier der JSB. aufmarschierte. Wir müssen dafür sorgen, daß in jedem Orte wo **Kommunisten sind,** solche JSB.-Gruppen aufgezogen werden. Das ist mit die Hauptsache. **Es war Ostern 1926, als der JSB. 3000 Mitglieder,** die die Schule verlassen haben, dem KJVD. übergeben hat. Es war ein feierlicher Akt. **Aber restlos blieben diese 3000 nicht bei uns. Da liegt die Schwäche, da liegen die Fehler** und Mängel, an denen wir als **Partei** eine große Portion Schuld haben.

Wir sollen sorgen, daß so auch aus dem **Kommunistischen Jugend-Verband** die **Jungkommunisten hinübergeführt werden** in die Partei, das **soll mit einer gewissen Feierlichkeit erfol-**

SLUB
Wir führen Wissen.

gen. Es muß von Etappe zu Etappe gehen: Jung-Spartakus-Bund, KJVD., Kommunistische Partei. Dabei wird notwendig sein, ganz besondere Aufmerksamkeit der Herausbildung eines Funktionärkaders zu widmen. Weiter ist notwendig, gegen Schulreaktion und gegen alle Maßnahmen bei der Bekämpfung des Jung-Spartakus-Bundes zu kämpfen. Wir haben uns nicht nur zu kümmern um die Reaktion in den Kinderschulen, sondern auch um die Reaktion in den Pflichtfortbildungsschulen, in den Werkstätten, neben den Werks- und Berufsschulen, überall, sei es, wo es sei.

Nun, Genossen, noch einige Worte. Am 17. April wird in Hamburg der Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands stattfinden. Die Werbearbeit für diesen Jugendtag ist nicht nur eine Aufgabe des KJVD., sondern eine Aufgabe der Partei insgesamt. Noch eine Bitte habe ich: Sollte es nicht möglich sein, daß ihr jeden Monat für unsere Jung-Spartakus-Gruppen freiwillig 10 Pf. als Marke klebt? Und nun, Genossen, zum Schluß. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung, vor allem in revolutionärer Zeit, zeigt uns, wie unsere deutsche Arbeiter-Jugend erfüllt ist vom revolutionären Geiste. Die Berliner Jugend wird sich erinnern unseres unvergeßlichen Genossen Habersack, der mit der Waffe in der Hand fiel. Jeder, der nicht von heute und gestern in der Arbeiterbewegung steht, weiß, wie, vor allem im Kriege, gegen den Krieg in den Jahren des Weltkrieges 1914-18 unsere ganze illegale Arbeit sich stützte auf die Jugend, manchmal ebensoviel auf die weibliche Jugend wie auf die männliche. Im Krieg gegen den Krieg stand die Jugend besser ihren Mann als manch ein Alter. Im Krieg gegen den Krieg sah die Jugend viel klarer alle die großen Gefahren, die der Arbeiterschaft durch einen imperialistischen Krieg drohen. Immer, überall, im nationalen und internationalen Maßstabe kämpfte die Kommunistische Jugend gegen den Krieg.

Genossen, einer der Führer, der größte Führer der deutschen Jugendbewegung, der kommunistischen Jugendbewegung, war Karl Liebknecht. Er war so beliebt bei den Jugendlichen, auf Grund der Kameradschaftlichkeit, auf Grund des Tones, auf Grund seines Wissens, auf Grund seines revolutionären Mutes, auf Grund des Einstehens mit der Tat zu seinen Worten. Sorgen dafür, daß jeder einzelne den Platz, den Karl Liebknecht in der Jugend freigelassen hat, ausfüllt, in jedem Ort, in jedem Bezirk und im Reich. Wir haben draußen 1914/18 gemeinsam Schulter an Schulter gestanden, Männer von 40 bis 60 Jahren mit den Jungen von 15 bis 18 Jahren. Wir müssen jetzt wieder gemeinsam stehen, jetzt wieder, junge und alte Arbeiter, zusammen in einer einheitlichen Front, im Kampfe gegen den drohenden Interventionskrieg gegen Sowjet-Rußland. Wir wenn drüben die Rote Armee Sowjet-Rußland verteidigt, bilden mit jugendliche Kommunisten und wir Kommunisten die Rote Front, die Rote Armee Deutschlands, die Einheitsfront. Wir bilden die Einheitsfront zwischen dem russischen und deutschen Rotarmisten als Soldaten der Revolution.

Mit Stolz, mit Recht, und mit Siegeszuversicht können wir sagen: „Unser die Jugend, trotz alledem!" (Lebhafter Beifall)

Diskussion zum Referat des Genossen Geschke

Blenckle: Es ist ohne Zweifel eine Tatsache, daß die Arbeit des KJVD. und zwar auf außerordentlich wichtigen Arbeitsgebieten, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der Betriebszellen und auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit noch völlig ungenügend ist. Trotz allem muß man zugeben, daß die allgemeine Linie des Verbandes eine aufsteigende ist, daß die Aktivität unserer Jugend trotz aller Schwächen und Mängel gestiegen ist. Auf folgenden Gebieten muß in der nächsten Zeit der Jugendverband stärker als bisher unterstützt werden: Erstens auf dem Gebiete des Kampfes gegen die neue reaktionäre Gesetzgebung des Bürgerblocks, also gegen die Gesetze zum Schutze der Jugend vor Schmutz und Schund, bei Lustbarkeiten, gegen die Schulgesetzgebung und gegen die Veränderung des Wahlrechtes in Deutschland. Genossen, in zweiter Linie möchte ich darüber hinaus auf den neu entstehenden Militarismus hinweisen. Das Entstehen des neudeutschen Imperialismus hat die Schaffung eines neuen Militarismus zur Folge. Ansätze dazu sind bereits seit 1920/21 vorhanden. Daneben gibt es auch eine Bewegung der Bourgeoisie, die sich in der Forderung der Schaffung einer Arbeitsdienstpflicht ausdrückt. Diese Forderung ist die Forderung der größten Wehrorganisation in Deutschland, nämlich des Stahlhelm, der schon im vorigen Jahr einen fix und fertigen Vorschlag von A bis Z ausarbeitete. Was bedeutet eine solche Arbeitsdienstpflicht? Es soll das eine Einrichtung sein, in der jeder junge Arbeiter in einem bestimmten Alter auf ein Jahr eingezogen wird. Er hat eine bestimmte Arbeit, vorgeleben ist u. a. Kultivierung von Ödland, zu leisten. Aeußerlich sieht die Sache harmlos aus. Aber die Leitung dieser neuzuschaffenden Arbeitsarmeen sollen alte Offiziere übernehmen. Es ist also ganz klar, daß der Apparat ausschließlich zusammengesetzt werden wird aus den Kadern alter Offiziere. Darüber hinaus bedeutet eine solche Arbeitsdienstpflicht nicht nur die Schaffung einer Streikbrecherarmee, sondern sie erlaubt auch die militärische Ausbildung dieser Schichten. Im engen Zusammenhang zwischen diesen Arbeitsarmeen und faschistischen Organisationen erlauben die legalen Beziehungen eine administrative Ueberprüfung der Verhältnisse aller Menschen, kulturelle Kontrolle. Die ersten Anfänge sind gemacht mit den sogenannten Werkkursen, Arbeitsschulen usw. Das sind Einrichtungen für jugendliche Erwerbslose und [illegible] Pflichteinrichtungen, durch die die jugendlichen Erwerbslosen angeblich vor Verwahrlosung geschützt werden sollen, die aber praktisch den Anfang einer solchen Arbeitsdienstpflicht darstellen. Auf diesem Gebiete muß in der nächsten Zeit ein [illegible] als es bisher der Fall [illegible]

Zu den weiteren Fragen des [illegible] gehört die Agitation in den Organisationen, wie zum Beispiel innerhalb des Reichsbanners, der Jugendabteilung der faschistischen Wehrverbände usw. Ich erinnere daran, daß der Stahlhelm 100 000 Jugendliche umfaßt. Diese Arbeit muß durch die Partei unterstützt werden. Besonders von der Parteipresse ist diese Unterstützung bisher leider nicht geschehen. Die Heranziehung der Jungarbeiter zu den gewerkschaftlichen Kämpfen ist nicht genügend erfolgt. Die Sozialdemokraten und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer versuchen, die Jungarbeiter planmäßig vom Kampfe fern zu halten. Wir haben das Interesse, alle Schichten der Arbeiter, auch diejenigen, die durch Lehrverträge nicht das volle Streikrecht besitzen, in den Gewerkschaftskämpfen heranzuziehen. Und hier hat der Kommunistische Jugendverband in der letzten Zeit bei den großen Kämpfen zum Teil vollständig versagt oder nicht genügend geleistet. Das hat sich gezeigt während des Hafenarbeiterstreiks und während des mitteldeutschen Kampfes. Erst bei dem letzten Metallarbeiterkampf ist es möglich gewesen, den Kommunistischen Jugendverband in diesen Kampf einzubeziehen. Es wird von vielen Parteigenossen häufig der Fehler gemacht, anzunehmen, daß der Jungarbeiter eigentlich noch kein Klassenkämpfer sein kann. Es ist richtig, daß der jugendliche Arbeiter, wenn er in diese Organisation eintritt, nicht sofort die letzten Dinge des Marxismus und Leninismus beherrscht und beherrschen kann. Aber am Kampfe teilnehmen kann jeder, auch der jugendliche Arbeiter. Wir müssen alles tun, um die jugendlichen Arbeiter zur Teilnahme am Kampf zu organisieren.

Schaible, Düsseldorf: Ich glaube, daß es notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß der Komm. Jugendverband nicht nur die Aufgabe der Erziehung der jungen Arbeiterkinder zum Klassenbewußtsein zu erfüllen hat, sondern daß er daneben, und gerade heute, eine ganze Reihe praktischer Aufgaben zu erfüllen hat, die von ungeheurer Bedeutung sind. Wir wissen alle, daß die Bürgerblockregierung versucht, in der Schule die politische Reaktion vollkommen durchzusetzen. Gegenüber diesen Vorstößen der Bürgerblockregierung in den Schulen ist die Arbeit des Jungspartakusbundes durch die organisierte Aufziehung von Jungspartakus-Zellen in den Schulen eine äußerst wichtige Aufgabe und von ungeheuer praktischer Bedeutung. Die Partei hat die praktische Bedeutung dieser Arbeit noch nicht genügend erkannt. In Remscheid zum Beispiel hatten wir in verschiedenen Schulen Jungspartakus-Zellen, die gut gearbeitet haben. Dann wurde eine weltliche Schule gegründet und das Ergebnis war, daß unsere Parteigenossen ihre Kinder in die weltlichen Schulen schickten, und damit diese Jungspartakus-Zellen für die Arbeit unter den Kindern und unter den Eltern dieser Kinder erledigt war. Gerade in diesen Fragen sind innerhalb der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei noch große Unklarheiten.

Noch einige Worte zu den Fragen des DINTA (Deutsches Institut für Technische Arbeiterschule), der Werkschulen und der Unterrichte für die Erwerbslosen. Bei der Schulung der jugendlichen Erwerbslosen stellen wir zum Beispiel in Düsseldorf fest, daß in den Erwerbslosenschulen in Düsseldorf eine Personalkartothek geführt wird über die Leistungen der einzelnen Schüler. Diese Personalstatistik ist nicht nur für den Schulgebrauch vorhanden, sondern steht auch den Unternehmern zur Verfügung, falls sie Kräfte aus dieser Schule brauchen. Diese Methode führt dazu, daß systematisch unter den erwerbslosen Jungarbeitern die leistungsfähigsten und besten Kräfte ausgesiebt werden und die weniger leistungsfähigen Kräfte zur lebenslänglichen Erwerbslosigkeit verurteilt sind. Das ist eine Seite der Erwerbslosenschule. Die andere Seite ist die politische Erziehung. Ueberall, wo solche Schulen eingerichtet sind, sehen wir eine systematische militärische Propaganda unter den Jungarbeitern, daß die Jungen stramm stehen sollen, daß sie Ehrbezeugungen gegenüber dem Lehrer machen usw. Eine weitere Seite ist die, die von der DINTA beabsichtigt wird. Ich glaube, wir müssen uns hier darüber im klaren sein, daß ein großer Teil der Bestrebungen darin bestehen, eine neue Arbeiteraristokratie hervorzubringen, die angepaßt ist an die Bedürfnisse der heutigen Großbetriebe. Diese Schulen sind gewissermaßen Unteroffizierschulen der Trusts. Das sind die Fragen von ungeheurer Bedeutung, mit denen wir uns mehr und ernster befassen müssen als bisher.

Grete Wilde: Es ist wichtig, festzustellen, daß die Jugend auf den verschiedensten Gebieten in der letzten Zeit versucht hat, Arbeitsmethoden anzuwenden, die einen großen Teil von Jungarbeitern an die Kommunistische Jugend und damit an die Partei herangebracht haben. Solche Methode war die Kongreßkampagne der arbeitenden Jugend unter Führung und Leitung des KJVD. Man hat erreicht, daß Tausende Jungarbeiter mobilisiert wurden, losgelöst wurden. Ich möchte ein Beispiel aus Berlin anführen. Auf dem Berlin-Brandenburger Jungarbeiter-Kongreß waren 458 Delegierte vertreten und davon noch nicht einmal 40 Prozent Kommunisten, 60 Prozent dagegen Parteilose, die höchstens in Sportverbänden organisiert waren, teilweise in der SAJ. Der Jugendverband hat es verstanden, seine Arbeit richtig anzupacken. Die Parteigenossen begehen einen Irrtum, wenn sie glauben, daß die Opposition in der SAJ. in Berlin nur auf Grund der Fraktionsarbeit des Kommunistischen Jugendverbandes entstanden ist. Es war die allgemeine politische Arbeit des Jugendverbandes, die in die SAJ. von außen hineingetragen wurde. Angefangen wurde von kleinen Gruppen des Jugendverbandes, die an kleine Gruppen der SAJ. mit der Anregung für gemeinsame Versammlungen, für die Sammlung für die englischen Bergarbeiter herangetreten sind. Die Partei muß gleichzeitig einen Teil dieser Erfahrungen des Jugendverbandes auf die Partei übertragen.

Zur Frage des Verhältnisses der Partei zur Jugendorganisation. Hier muß man einiges sagen, weil dieses Verhältnis noch nicht so ist, wie es sein soll. Bedenkt: Wer die revolutionäre Jugend hat, hat später auch die revolutionären Massen in der Partei. Der Jugendverband hat neben der Gewinnung der jugendlichen Arbeiter für wirtschaftliche Kämpfe noch eine besondere Aufgabe, die Erziehung der Jugendlichen für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei.

Wir haben in der letzten Zeit diesen Anforderungen nicht genügt. Die älteren Jugendlichen kommen nicht zur Partei und gelangen dort nicht zu leitenden Funktionen. Die Lücke an Funktionären kann ausgefüllt werden, wenn sich die Partei darüber klar ist, daß die Jugend keine Nebenorganisation ist, sondern den Nachwuchs stellen soll, der später die Partei tragen und führen kann.

Die Partei soll sich als Leitmotiv geben, bei jedem Kampf, den sie führt, bei jeder organisatorischen Maßnahme Rechnungtragung auch der Wünsche der Jugendorganisation, Rechnungtragung dessen, daß der Kommunistische Jugendverband stärker werden muß, politisch an Einfluß gewinnen muß und darüber hinaus Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugendorganisation bis unten herunter. Erst dann kann man zu einem erträglichen, guten und erfolgreichen Verhältnis kommen. Partei und Jugendorganisation eins, und der Partei die Jugend!

Thälmann: Es ist notwendig, das Verhältnis der Partei zur Jugendorganisation und zur Partei richtig zu stellen, um die Bedeutung der Aufgaben der Jugend im Zusammenhang mit dem gesamten Proletariat in den Vordergrund zu stellen. Es wird notwendig sein, diese Hauptaufgaben im Zusammenhang nicht nur mit den [illegible] dern auch mit den internationalen Fragen zu stellen. Die Hauptaufgaben sind: Erstens die Bedeutung der Jugend in der Gesamtarbeiterschaft, zweitens ihre Rolle im proletarischen Klassenkampf, drittens die Bedeutung der Jugend in der Epoche des Imperialismus in Verbindung mit der imperialistischen Kriegsgefahr; viertens die Aufgaben der Jugend vor und nach der Diktatur des Proletariats.

Was müssen wir erkennen? Wir haben in Deutschland die Sozialistische Jugend, wir haben die Jugendsektionen in den Gewerkschaften, wir haben die religiöse Jugend und die bürgerliche Jugend und schließlich haben wir die im militaristischen Sinne in den Wehrorganisationen geleitete Jugend. Es sind gewaltige gegnerische Organisationen zu sehen, die neben dem kleinen Kommunistischen Jugendverband existieren.

Haben wir auf dem Lande eine Position? Wir haben nicht nur keinen Einfluß auf die ländlichen Proletarier, sondern wir vergessen ganz einfach die Arbeit auf dem Lande. Wieviel Jungarbeiter sind auf dem Lande, die faschistisch erzogen werden!

Eine andere Hauptaufgabe ist die, zu erkennen, daß in dem Kampf um die kapitalistische Rationalisierung die wirtschaftlichen Kämpfe unvermeidlich sind. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie beschäftigen sich in keinem wirtschaftlichen Kampfe mit den Forderungen der Jugendlichen. Unsere eigenen Genossen in der Partei vergessen selbst, Forderungen für die Jugend in den Betrieben zu stellen. So haben zum Beispiel am 1. März 150 jugendliche Arbeiter der Werft-AG. Weser die Arbeit niedergelegt. Sie forderten 10 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde. Nun stellt euch vor, daß die älteren Arbeiter arbeiten, während die Jugend für ihre Forderungen in den Streik geht. Welch ein Verhältnis ist das? Es ist die Aufgabe der Partei, die Jugend zu unterstützen und zwar nicht in der Form, daß man daneben steht, sondern so, daß man sie in die eigenen wirtschaftlichen Kämpfe hineinzieht.

Durch die Verhältnisse im Betrieb wird die Jugend angehalten zu Notstandsarbeiten oder dergleichen, die uns als Streikbrecherarbeit bezeichnet werden müssen. Wir müssen diesem Gebiet die größte Aufmerksamkeit schenken. Eine weitere Frage ist, wie die Partei sich einzustellen hat auf die Unterstützung der Jugend gegen die Offensive des Bürgerblocks. Die Unterstützung ist notwendig, weil der Bürgerblock langsam dazu übergeht, gegen die Jugend die ersten Manöver zu eröffnen, um sie fortzusetzen gegen das gesamte Proletariat.

Das Verhältnis der Partei zur Jugend ist wie 1:8. Das ist ein unmögliches Verhältnis, deswegen, weil eben die wenigen Genossen in der Jugend die großen Aufgaben keineswegs erfüllen können. Die Partei ist nicht nur verpflichtet, die Jugend zu unterstützen, immer neue Streiter hineinzubringen in die Kommunistische Jugend, sondern wir müssen unsere eigenen Kinder, die heranwachsen, in den Jungspartakus bringen, um eine neue Generation für den Kommunistischen Jugendverband zu erziehen. Die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive haben uns auf dieses Gebiet genügend aufmerksam gemacht. Das Plenum der Erweiterten Exekutive hat in den Thesen über die Bolschewisierung folgendes erklärt:

„Eine der Aufgaben der Bolschewisierung besteht darin, restlos die Arbeiterjugend der ganzen Welt zu erobern, jene Generation von Arbeitern, die unter den Verhältnissen des imperialistischen Weltkrieges und des Beginnes der Weltrevolution herangewachsen ist. Wenn die Sozialdemokratie sich vorwiegend auf die am meisten verbürgerlichte Spitze der in der Friedensperiode entstandenen Arbeiteraristokratie stützt, so haben die kommunistischen Parteien der ganzen Welt unter anderem die Aufgabe, die restlose Organisierung der gesamten proletarischen Jugend der neuen Epoche unter unserem Banner anzustreben."

Ich glaube, deutlicher kann die Sprache nicht sein. Darin liegt der Grundgedanke, der Ausgangspunkt, den wir aussprechen müssen auf dem 11. Parteitag.

Der 11. Parteitag muß an sich selbst Kritik üben und feststellen, daß die Partei gegenüber der Jungarbeiterschaft verpflichtet ist, die Reihen der Kommunistischen Jugend zu stärken und nach dem Leitspruch Karl Liebknechts zu handeln: Der lagte: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. (Beifall.)

Scheer, Wasserkante: Wenn wir uns überlegen, was die Partei in den letzten eineinhalb Jahren getan hat in ihrer Arbeit unter der proletarischen Jugend, müssen wir offen aussprechen, daß die Partei bis zu einem gewissen Grade versagt hat. Die proletarische Jugend ist die überaroße Mehrheit unserer Klasse; diese in die vorderste Kampflinie gebracht, bedeutet eine Verstärkung unserer Klassenfront. Aber wir brauchen diese proletarische Jugend auch noch aus einem anderen Grunde. Die besten Kräfte, die sich in unserer Klasse entwickeln, werden die Kräfte sein, die dazu berufen sind, einmal das Werk der Alten fortzusetzen, die dazu berufen sein werden, wirklich die Führer des deutschen revolutionären Proletariats zu sein. Das wird die proletarische Jugend sein, die durch unsere Kinderbewegung und Jugendorganisation gegangen ist. Aus diesen beiden Organisationen wird und muß die Partei jene Kräfte ziehen, die sie als Ersatz für die Kräfte, die aus der Klassenfront ausschalten, braucht. Es gibt in der Partei Stimmungen, daß die Jugend so eine Art Etappenformation ist, die vorläufig noch hinter der Front stehen soll, die sich noch bilden muß und erst dann in die vordere Klassenfront eingereiht wird. Ich glaube, daß die Mehrheit der Partei der Auffassung ist, daß sowohl die Arbeiterkinder wie auch die jugendlichen Arbeiter mit in die Klassenfront gegen unsere Klassengegner eingereiht werden müssen und daß in dieser Linie eine Reihe großer Kämpfe selbständig zu führen haben, bei denen wir sie als Partei allerdings stark unterstützen müssen.

Olbricht: Ich will mich mit der Einstellung auf die Arbeit des Kommunistischen Jugend-Verbandes im Kampf gegen die Militarisierung der arbeitenden Jugend und die Unterstützung der Partei in diesem Kampfe des Jugend-Verbandes beschäftigen.

Die Bourgeoisie hat die großen nationalen Wehrverbände und die ihr angeschlossenen Jugendabteilungen geschaffen. Die Jugendabteilungen stehen zum größten Teil unter der Führung ehemaliger preußischer Offiziere und haben eine planmäßige militärische Ausbildung, und haben die Trupps für die Schwarze Reichswehr gestellt, den Nachschub für die Schwarze Reichswehr geliefert. Sie sind heute das militärische Kriegsreservoir der deutschen Bourgeoisie. Gegen diese Verbände unter der arbeitenden Jugend erneut die Kriegsideologie herzüchten, die Träger des faschistischen Gedankens sind, ausgesprochene Wehrinformationen, hat der Jugend-Verband im vorigen Jahre die Rote Jungfront geschaffen, die besser an die jugendlichen Massen herankommt, als der Kommunistische Jugend-Verband. Sie ist zu einer Massenorganisation des Jungproletariats herangewachsen.

21 Prozent der Jungfront sind Jungkommunisten und Mitglieder der Kommunistischen Partei. Wir machen die gesamte Partei und insbesondere die Fraktionen der Partei im RFB. darauf aufmerksam, daß sie die Jungendfraktionen in der Roten Jungfront kräftig unterstützen, sie zu Kräfte-Reservoiren für den Kommunistischen Jugend-Verband machen. 80 Prozent der Roten Jungfront können noch für den Jugend-Verband gewonnen werden. Das ist nur möglich durch Einleitung und Durchführung einer planmäßigen Fraktionsarbeit innerhalb der Jungfront seitens des KJV. mit Unterstützung der Parteifraktionen im RFB.

In diesem Sinne muß der Parteitag die politische Losung in die gesamte Partei hineintragen, die Sammlung der entscheidenden Schichten des Jungproletariats unter dem Banner als Stoßtrupp der proletarischen Revolution in Deutschland. (Großer Beifall).

(Fortsetzung folgt.)

Die Riesengewinne der Rationalisierungskonjunktur

Rede des Genossen Koenen im Deutschen Reichstag

Man macht uns Kommunisten den Vorwurf, daß wir zum Fenster hinaus reden. Angesichts der leeren Bänke in diesem „hohen Hause" ist das doppelt nötig. Es ist nötig, in Volksversammlungen und Gewerkschaften die neue Herrschaft des Finanzkapitals in Deutschland rücksichtslos darzustellen. Der Schwächezustand der Mittelschichten und der Fertigindustrie ermöglichte dem Bankkapital in dem Krisenjahr 1926 eine unerhörte Kapitalaufhäufung: 10 Millionen Jahresüberschuß ist für jede der Berliner Großbanken zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Finanzkapital hat mit dem Kapitalexport im Jahre 1926 erstmalig nach der Kriegszeit wieder begonnen. Der Exoten-Schutzverband der Banken beweist, daß sich das deutsche Finanzkapital schon wieder an der Ausbeutung der Kolonialvölker beteiligt. Das ist auch ein Erfolg der herrlichen Völkerbundspolitik der SPD.

Nicht minder breit fließt der Goldstrom der Gewinne des Trustkapitals. Die Konzentrationsstatistik der Regierung zeigt, wie sich die Stärksten immer enger zusammenschließen. Ein Sechstel der Aktiengesellschaften verfügt über zwei Drittel des gesamten Aktienkapitals. In das letzte Drittel teilen sich die Kleinbetriebe, fünf Sechstel der Gesamtzahl der Gewerkschaften. Obwohl die vertrustete Großindustrie im Ruhrgebiet Riesengewinne macht, bekommt der Stahltrust noch Subventionen für seine Gruben im Siegerland aus den Taschen der Steuerzahler.

Der Elektrotrust, die AEG.,

der für alle Gebrauchsartikel die Preise hochhält, hat zehn Millionen Ueberschuß gemacht. Der Chemietrust hat mit seinen Apothekerpreisen für die Markenartikel Gewinne bis in die Hunderte von Millionen aufgehäuft. 1926 steigerte er die Ausfuhr um 98 Millionen, aber die Zahl der beschäftigten Arbeiter wurde in den kleineren rationalisierten Betrieben noch herabgesetzt. Dem Kalikonzern wurden durch den interessierten Wirtschaftsminister Curtius Preiserhöhungen zugestanden. Außerdem stieg der Absatz in den letzten Monaten um das Doppelte. Trotz dieser Gewinne bleibt die Zwölfstundenschicht und die Achtzig- bis Neunzigstundenwoche. Der Werftindustrie wurden im letzten Jahr 50 Millionen Reichskredite gewährt. Infolge dieser verbilligten Produktion machen die Schiffahrtsgesellschaften Dividendensteigerungen von Null auf zehn Prozent wie Neptun-Bremen, oder von Null auf sechs Prozent, wie der Norddeutsche Lloyd. Hapag verzeichnet bei zweieinhalbfacher Gewinnsteigerung einen baren Ueberschuß von 20 Millionen für ein einziges Jahr. Dabei sind große Gewinne noch verschleiert.

Der Ruhrkohlenbergbau

machte ein Streikbrechergeschäft von 88 Millionen Extragewinnen in sechs Monaten. Der Export von 275 Millionen für 1925 wurde 1926 mehr als verdoppelt auf 628 Millionen Tonnen. Das sind über 100 Millionen Tonnen mehr als 1913. Dabei ist die Belegschaftsziffer um 100 000 Mann geringer als 1924. Die Heuer mußten als unterirdische Sklaven 20 Prozent monatliche Mehrleistungen gegenüber 1913 schaffen und ihr Lohn stieg nur um 4 Prozent. Zur unerhörten Antreiberei wurde die Zahl der Aufsichtsbeamten um 160 Prozent vermehrt. Die Folge dieser schamlosen Ausbeutung ist, daß die Krankenziffer der Bergleute im November schon doppelt so hoch war, wie im April 1926. Jetzt, drei Monate nach dem englischen Streik, ist ein kleiner Rückgang der Produktion eingetreten und sofort lehnen die Syndikatsherren jede Arbeitszeitverkürzung und Lohnzulage wegen des beginnenden Rückganges ab. Die Verbandsbürokratie der Bergarbeiter hat die Zeit der Riesengewinne vom November/Dezember schnöde verpaßt und durch die Abwürgung des Kampfes die Arbeiter ganz direkt betrogen.

Die Eisengewinnung

zeigt noch steigende Tendenz. Die Monatsleistung von 1913 und des Kriegsrekordjahres 1915 sind im Herbst 1926 überschritten. Auf der Thyssenhütte wurde in einem halben Jahr eine 75prozentige Mehrleistung herausgeholt. Jetzt wird monatlich schon das Doppelte als im April 1926 produziert bei unveränderter Arbeiterzahl und gleicher Arbeitszeit. Die Ausfuhr steigt und die Inlandspreise werden hochgehalten. Die Gewinne sind so gewaltig, daß die Aktienkurse seit Januar 1926 um das Zweieinhalbfache in die Höhe getrieben werden konnten. Aber den Metallarbeitern wurden im Januar sogar noch die Lohnerhöhungen zwecks Teuerungsausgleich verweigert. (Zuruf Reichert (Dtn.): Die Unternehmer müssen erst ihre Schulden bezahlen!) Das sollen sie aus ihrer eigenen Tasche machen und nicht auf Kosten der Arbeiter.

Solche Rationalisierung ist nur rationell, das heißt „vernünftig" vom Geldsackstandpunkt.

Die SPD-Fraktion

jammert zwar, erhebt aber keine Kampfesforderungen, wie Achtstundentag, Lohnerhöhung und Arbeiterschutz. In der Vorkriegszeit wurde jede technische Verbesserung von den Gewerkschaften mit Arbeitszeitverkürzung und Lohnforderung beantwortet. Der Republik werden selbst diese einfachen Forderungen zugunsten der Kapitalisten geopfert. Wirtschaftsdemokratie, die in Jahrzehnten nach der politischen Gleichberechtigung die wirtschaftliche bringen soll, ist die neueste Beruhigungspredigt.

Inzwischen sieht Herr Reichert (Dtn.) wertvolle Früchte der Rationalisierung. Dazu hat er bei der Verdoppelung der Arbeitsleistung in seinem Stahltrust allen Grund. Wie ein Seufzer aus tiefster Brust kam es heraus: Endlich wieder einmal eine Rente. Das ist das Ergebnis der Rationalisierung. Das heißt also, endlich wieder Ertragewinne, Riesenüberschüsse.

Wie wenig aber auch die Rationalisierung letzten Endes den Kapitalismus retten und Krisen überwinden kann, zeigt das Beispiel der Betriebsstillegungen von Ford, dem die SPD-Gewerkschaftsbürokratie noch im Sommer fast wie einen neuen Heiligen mit allen Zungen pries.

Die kapitalistischen Rationalisierungsmethoden sind in Deutschland mit Steigerung der Produktion zu einem

Bereicherungsmittel von Finanz- und Trustkapitalisten auf Kosten erhöhter Ausbeutung der Arbeitskraft und der Verelendung der Mittelschichten

geworden. Die Leipziger Messe ergab nach bürgerlichen Stimmen keinen Antrieb für die Wirtschaft, um die erschreckende Arbeitslosigkeit überwinden zu können. Die Kaufkraft des konsumierenden Publikums sei gesunken, die Teuerung habe die Löhne und Gehälter um 30 Prozent unter den Realwert gesenkt, deswegen das schlechte Geschäft, so schreibt die Leipziger Bourgeoispresse.

Anderseits treibt der Uebermut der Montanindustriellen die Herren Thyssen und Vögeler nach Presseberichten zu einem Hundert-Millionen-Geschäft in Kriegsmaterial zu Mussolini. Die deutsche Regierung will für die Granaten an die Faschisten sogar noch Kredite geben. Der Minister muß antworten, ob dieser politische Skandal Tatsache ist. Es handelt sich um deutsche Steuergelder.

Für das nächste Jahr sollen ¾ Milliarde durch Steuererhöhungen und Zölle neu aufgebracht werden. Das heißt neue Preissteigerungen. Das heißt neue Verelendung für Arbeiter und Mittelschichten. Letztere haben schon durch Aufwertungs- und Mietbetrug die schwersten Enttäuschungen erlebt. Trotzdem will der Reichsverband der Handwerker sich mit den Junkern, den Zolltreibern und Lebensmittelverteuerern zusammenschließen. Der Kleingewerbetreibende muß sich dagegen zur Wehr setzen. Der neue Kurs der Preistreiberei und Rationalisierung wird ihn sonst zu Zehntausenden vernichten. Schon wird der Reparaturhandwerker durch Normisierung und Typisierung der Ersatzteile nach amerikanischem Muster ausgeschaltet. Wir haben gegenüber der sich verschärfenden Notlage der Kleingewerbetreibenden einen besondren Antrag eingebracht, der durch billige Kredite, niedrige Zinsen, durch Steuererleichterungen und Kampf gegen die Preisdiktatur der Konzerne die soziale Not der Kleingewerbetreibenden mildern soll. Wir stellen im Sinne des Kongresses der Werktätigen Forderungen auf, die sowohl den Kleingewerbetreibenden wie den Arbeitern gleichmäßig nützen. Wenn die Volkspartei die Handwerksmeister jetzt gegen den Achtstundentag aufpeitschen will, so ist jetzt schon klar, daß die Gewerbetreibenden wissen, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit in den Großbetrieben auch ihre eigene Arbeitszeit verkürzt werden kann. Auch die Lohnkämpfe der Arbeiter finden lebhafter denn je die Zustimmung der auf die Kaufkraft der Arbeiter angewiesenen kleinen Geschäftsleute.

Genosse Koenen geißelte am Schluß die Aufsichtsratstätigkeit der Minister und Abgeordneten, die Kapitalsvertreter sind und sich hier als Wortführer des Volkes aufspielen. Gegen diese großkapitalistische Front der Wirtschaftsführer müsse

der einheitliche Aufmarsch der Werktätigen in Stadt und Land der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern organisiert werden. (Beifall b. d. Komm.)

Die außerordentl. Generalversammlung des Verb. der Gemeinde- u. Staatsarbeiter für die ADGB-Renegaten gegen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder

In der am 10. März 1927 in den Annensälen stattgefundenen Generalversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Ortsverwaltung Dresden standen die von der letzten Generalversammlung übriggebliebenen Anträge zur Erledigung auf der Tagesordnung. Folgende Anträge wurden angenommen. **Die Arbeitszeit auf 46 Stunden herabzusetzen, eine Delegation nach Sowjetrußland zu entsenden, die Verschmelzung der vier Organisationen Gemeindearbeiterverband, Verkehrsbund, Eisenbahnerverband und Verband der Heizer und Maschinisten zu beschleunigen, den Zusammenschluß der Amsterdamer und Roten Gewerkschafts-Internationale herbeizuführen.** Bis dahin hatte die Versammlung einen ruhigen Verlauf genommen. Lebhafter wurde es unter den Teilnehmern, als vom Vorstandstisch eine lange Entschließung verlesen wurde, in der die Beamtenaktion die Generalversammlung ersucht, den Beschluß der letzten Generalversammlung aufzuheben und

den damals nicht bestätigten ADGB-Mann Naumburger als Filialvorstandsmitglied zu wählen.

Der linke SPD-Filialvorstand erklärte hierzu, da es sich nun um einen Beschluß einer Sektion handele und nicht mehr um eine Person, sei es unmöglich, die Frage von politisch Unorganisierten entscheiden zu lassen. Damit meinte er die Gewerkschaftsmitglieder. Auch könne diese Art des Antrags in einer Gewerkschaftsgeneralversammlung nicht behandelt werden, denn die Gewerkschaften seien politisch neutral. Ueber diesen Antrag wurde per Akklamation abgestimmt; das Resultat war sehr zweifelhaft. Hier konnten die Gemeindearbeiter die in Wortradikalismus starken Funktionäre des Gaswerks Reid bei der Arbeit sehen, sie fühlten sich ideologisch mit Naumburger verbunden und **stimmten für den ADGB-Mann.** Auf Antraten des Vorsitzenden wurde die Abstimmung wiederholt und mit Stimmzetteln abgestimmt. Dabei entfielen auf Naumburger 169 Stimmen, gegen ihn waren 107. — Der nächste Punkt war ein Antrag des Filialvorstandes, das Ortsstatut abzuändern und an Stelle der Generalversammlung, wo alle Mitglieder Zutritt und Stimmrecht haben, **ein Delegiertensystem** einzuführen. Der Vorsitzende Förster begründete den Antrag damit, daß dann eine bessere Abwicklung der Tagesordnung möglich sei und Zufallsmehrheiten, wie solche in den letzten Tagen zutage getreten wären, nicht mehr zustande kämen. Die Kollegenschaft sei durch das Delegiertensystem verpflichtet, die Gewerkschaftsarbeit „gründlicher" zu behandeln, und könne somit bei wichtigen Entscheidungen ausschlaggebend sein. Daß das nicht zutrifft, soll nach folgendem Beispiel erläutert werden: Teilnahmeberechtigt sind die Filialvorstandsmitglieder und die angestellten Beitragskassierer, Betriebsräte und Vertrauensleute, sowie auf je 100 Mitglieder ein Delegierter. In der Generalversammlung sind beispielsweise 20 Mitglieder des Filialvorstandes und 180 Betriebsräte, und da auf 20 Mitglieder ein Vertrauensmann entfällt, zirka 270 Vertrauensleute, das sind insgesamt 470 Funktionäre. Dem stehen entgegen die Delegierten, auf je 100 Mitglieder ein Delegierter, bei 8000 Mitgliedern rund 100 Delegierte, wenn man die Spitzen der Betriebe in Betracht zieht, die einen weiteren Delegierten erhalten sollen, auch wenn sie nicht ganz das Hundert erreichen. Bei der Abstimmung kann und wird eintreten, daß 100 von Mitgliedern Delegierte von den 470 Funktionären glatt majorisiert werden. Mithin stimmt das Argument vom Vorsitzenden Förster nicht, daß die Funktionäre ihre Politik den Delegierten gegenüber verantworten sollen. Der Zweck ist der,

die Mitgliedschaft soll und darf in der Generalversammlung nicht mehr zu Worte kommen,

die Opposition soll mundtot gemacht werden. Das letztere klang auch aus den Reden der Befürworter dieses Systems heraus. Die Genossen Meidner, Aschenbach und andere Redner führten der Mitgliedschaft die wahren Absichten der Reformisten vor Augen. Die „linken" Betriebsräte des Gaswerks Reid waren es wieder, die ganz besonders die Ausschaltung der Mitgliedschaft begrüßten. Der Betriebsratsvorsitzende Hennig gefiel sich sehr gut in der Verfechtung reaktionärer Maßnahmen gegenüber der Mitgliedschaft. Bei der Abstimmung über das Delegiertensystem wurde vom Versammlungsleiter eine „Objektivität" beobachtet, die jeder Beschreibung spottet. An vier Tischen wurden 27 Stimmen dagegen festgestellt, im Saal, wo mindestens die doppelte Zahl der abgegebenen Stimmen vorhanden war, 26 Stimmen gezählt. Bei der Gegenprobe konnte der schneidige Vorsitzende in einem Moment von 10 Sekunden bis 83 zählen, und der Antrag war für den Filialvorstand gerettet. Als letzter Punkt wurde, um die Majorität in der Generalversammlung ganz besonders sicherzustellen, noch die Anstellung von zwei Hauskassierern beschlossen.

Die Opposition fordert die Kollegen Gemeindearbeiter auf, die Einschränkung ihrer Rechte nicht ohne weiteres hinzunehmen und die Sicherstellung der Interessen der Mitgliedschaft in der kommenden Generalversammlung zu übernehmen, d. h. recht zahlreich zu erscheinen.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(44. Fortsetzung)

Er wußte bereits, daß einige von ihnen der Paderastie ergeben waren, daß viele an heimlichen Krankheiten litten; alle tranken reichlich, indem sie den Branntwein mit Bier, das Bier mit Kognak mischten, immer bestrebt, so schnell wie möglich berauscht zu werden.

Nur die wenigsten versahen ihren Dienst mit Hingabe, mit dem Sporteifer des Jägers, nur einzelne prahlten mit ihrer Gewandtheit, spielten sich vor den anderen auf und markierten die Helden. Die Mehrzahl betrieb das Geschäft nur matt, ohne Eifer.

In ihren Gesprächen über die Leute, die sie gleich den Tieren des Waldes aufzuspüren hatten, führte nur selten jener wütende Haß das Wort, der wie ein schäumender Quell in Sascha's Reden brauste. Ein gewisser Melnikow tat sich da noch hervor, ein schwerfälliger, zottiger Mensch mit tiefer, grunzender Stimme. Er verdrehte beim Gehen den Hals auf ganz seltsame Art, seine dunklen Augen schienen immer voll Spannung auf irgend etwas zu warten; er sprach wenig, doch schien es Jewsjej, daß dieser Mensch unaufhörlich an irgend etwas Schreckliches denke. Krassawin fiel durch seine kalte Bosheit auf und Solowjow durch das lüsterne Wohlgefallen, mit dem er von Prügelgeschichten, von Blut und Frauen sprach.

Unter den Jungen entwickelte Jakow Saruhin eine ganz besondere Geschäftigkeit. Ewig in Aufregung, überlief er alle Welt mit Fragen, runzelte, während er den Gesprächen über die Revolutionäre zuhörte, grimmig die Stirn und notierte sich stets irgend etwas in ein kleines Buch. Er suchte allen hervorragenden Spitzeln gefällig zu sein und gefiel offenbar seinem, sein Notizbuch aber kam allen verdächtig vor.

Vom „Revolutionär" sprachen die meisten gleichgültig, wie von einem unbegreiflichen Menschen, der ihnen lästig geworden; manchmal redeten sie spöttisch von ihm wie von einem unterhaltsamen Sonderling, zeitweise auch wohl ärgerlich, als handle es sich um ein Kind, das ungezogen war und Strafe verdient hatte. Jewsjej begann zu glauben, daß alle diese Revolutionäre nur Hohlköpfe sind, die man nicht ernst zu nehmen brauche, die selbst nicht wissen, was sie wollen, und die in das Leben nur Unklarheit und Unordnung hineintragen.

Eines Tages fragte er Peter:

„Sie sagten doch, daß die Revolutionäre von den Deutschen bestochen sind, und jetzt sagt man etwas ganz anderes?!"

„Was denn?" fragte Peter ärgerlich.

„Daß sie arm und dumm sind .... Von den Deutschen spricht niemand ...."

„Geh zum Teufel, alter Freund! Kann dir das nicht gleich sein? Tu, was man dich heißt — deine Farbe ist Karo, also spiel' Karo aus! ..."

Ueberhaupt erörterte man Dienstangelegenheiten nur oberflächlich und ungern, und jeden Augenblick hörte man jemandem sagen:

„Du verstehst nichts davon, Bruder ..."

„Und du? ..."

„Darum schweig' ich auch ..."

Von Sascha suchte sich Klimkow möglichst fernzuhalten — der Jodoformgeruch und die näselnde, boshafte Stimme stießen ihn ab, und das unheimliche Gesicht des Kranken erschreckte ihn.

„Diese Halunken!" schrie Sascha, über die Vorgesetzten herziehend. „Man gibt ihnen Millionen, und sie werfen uns ein paar lumpige Groschen hin, geben dafür aber Hunderttausende für Weiber und allerhand vornehme Herren aus, die angeblich in der „Gesellschaft" arbeiten ... Die Revolution wird aber nicht von der Gesellschaft gemacht, noch von den vornehmen Herren — das muß man wissen, ihr Idioten! Die Revolution wächst unten, in der Erde, im Volke. Gebt mir fünf Millionen und in einem Monat hol' ich euch die Revolution auf die Straßen herauf und zerre sie aus den dunkelsten Ecken ans Licht ... Da, würgt drauf los!"

Er schmiedete ewig furchtbare Pläne zur Ausrottung aller schädlichen Menschen, kampfte dabei mit den Füßen und streckte die zitternden Hände vor, als wollte er die Luft mit seinen gelben Fingern zerreißen. Sein Gesicht färbte sich bleiern, die toten Augen wurden seltsam trüb, der Speichel spritzte ihm aus dem Munde.

Man sah, daß alle vor ihm Ekel empfanden, ihn jedoch gleichzeitig fürchteten und den Abscheu vor seiner Krankheit zu verbergen suchten. Nur Maklakow mied den näheren Verkehr mit dem Kranken und gab ihm weder bei der Begrüßung noch beim Abschied die Hand.

Während nun Sascha alle übrigen Kameraden Dummköpfe schalt ihn nicht einmal hinter seinem Rücken.

Klakow ganz offenkundig einen besonderen Platz an, sprach mit ihm ernsthaft und anscheinend lieber als mit den andern und schalt ihn nicht einmal hinter seinem Rücken.

Einstmals, als Maklakow fortging, ohne sich von ihm zu verabschieden, sagte Sascha:

„Er ekelt sich vor mir, der adlige Herr ... Er hat ein Recht dazu, hol' ihn der Teufel! Seine Vorfahren wohnten in hohen Zimmern, atmeten reine Luft, genossen gesunde Nahrung und trugen reine Wäsche. Und er hält's ebenso .... Ich dagegen bin — ein Bauer, geboren und aufgezogen wie ein Tier, mitten in Schmutz und Ungeziefer, mit Schwarzbrot und Spreu als Futter. Sein Blut ist besser als meins, gewiß .... Sein Blut und sein Gehirn. Und das Gehirn — ist die Seele ..."

Er verstummte und fügte dann leise, in mürrischem Ton, ohne Spott hinzu:

„Von der Gleichheit der Menschen sprechen sie, diese Idioten, diese Betrüger ... Die gnädigen Herren predigen die Gleichheit, weil sie kraftloses Pack sind und selbst nichts fertigbringen ... Du bist genau solch ein Mensch, wie ich! Mach', daß ich besser leben kann — das ist die wahre Theorie der Gleichheit! ..."

Seine Worte erweckten kein Echo bei den übrigen Spionen, seine Erbitterung riß sie nicht mit fort; sie hörten Saschas Gebell gleichgültig an, und nur der zottige Melnikow, den sein Dienst in die Arbeiterkreise führte, stimmte ihm mürrisch bei:

„Ja, sie sind alle Betrüger ..."

Und indem er zur Bekräftigung mit dem dicken, dunklen Kopfe nickte, ballte er die behaarten Fäuste fest zusammen.

„Man muß sie totschlagen, wie die Bauern die Pferdediebe totschlagen," kreischte Sascha.

(Fortsetzung folgt.)

C Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen C

DRESDEN-NEUSTADT

Biergroßhandlung
Selter / Limonaden
Ernst Glau
Dresden-N., Hetterstraße
Telephon 53864

Wäsche / Schürzen / Trikotagen
Strumpf- und Manufakturwaren
J. NATOWITZ
Louisenstraße 55

Ernst Liebold, Roßschlächterei
Dachsiewerstraße 51

„ALBEA"
Groß-Schuhreparatur-Anstalt
Kleine Meißner Gasse 2
Herrensohlen, normal Mk. 3.20
Ia Kernleder, schnellste Lieferung
Annahmestellen in allen Stadtteilen

DRESDEN-JOHANNSTADT

A. KIRSTEN
UHREN / GOLDWAREN / OPTIK
Blasewitzer Straße 32

DRESDEN-PIESCHEN

STRUMPF- UND WOLLWAREN
ALWIN KUMMER, Leipziger Straße 65

DRESDEN-COTTA

Leder-Polsterwaren / Neu- und Umarbeitungen
Sattler und Tapezierer Hegewald am Rathaus

RADEBEUL

MODEHAUS A. REICHE
RADEBEUL-NIEDERLOSSNITZ
empfiehlt zu billigsten Preisen: Kleiderstoffe
Wäsche — Konfektion — Herrenartikel

Theodor Grosse
Haus- und Küchengeräte in bekannter Güte — Spielwaren

BISCHOFSWERDA

HOHLFELDS
Arbeiter-Bekleidungs-Geschäft

REICHENAU

Fleischerei
REINH. LEHMANN
empfiehlt seine
Fleisch- und Wurstwaren

EMIL BEHNER
REICHENAU
Lebensmittel, Groß- und Kleinhandel

BROT- UND WEISSBÄCKEREI
K. DRÖSLER
HAUPTSTRASSE 492

EBERSBACH

Hermann Säuberlich, Hauptstr. b. Kirche
Uhren u. Goldwaren — Sämtliche Reparaturen

BAUTZEN

OSKAR VOIGT
empfiehlt seine
WEISS- UND FEINBÄCKEREI
Wendischer Graben 22

W. Pietschmann, Wilthener Str. 43
Fahrräder — Nähmaschinen
Zubehörteile — Reparaturen

HIRSCHFELDE

Else Wolff / Hirschfelde
Molkerei-Produkte

KARL KUHN, Pfarrgasse 186
Lebensmittelhaus

NEUGERSDORF

Hauptfettes Roßfleisch
empfiehlt H. Kolbe in sämtlichen Filialen

ADOLF SCHUSTER
Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung. Anfertigung nach Maß. Größtes modernes Stoflager, denkbar billigste Preise.

Emil Günnel, Neugersdorf
Eisenwaren und Werkzeuge

Fachoptiker G. Kerstan
am Bahnhof

Neugersdorfer Lichtspiele
Hirsch-Lichtspiele Seifhennersdorf
Erstklassige Programme. Inh.: W. Gräfe

HOMMELS SCHOKOLADENHAUS
Nur Ecke Albert- u. Rosenstr. Stets frisch geröst. Kaffee ausgew. Sorten

MEISSEN a. E.

ROBERT VIERTEL / MARKT 8
KOLONIALWAREN / KAFFEE-ROSTEREI
SPIRITUOSEN / ZIGARREN / TABAKWAREN

MESSOW & WALDSCHMIDT NACHF.
Adolf Sternberg / Elbstraße
Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Preiswerte Auswahl
in Kinder- u. Puppenwagen, Lederwaren
Gertrud verw. Quarg, Gerbergasse 2

HUGO WENZEL
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Burgstraße 31

SCHUH-HAUS THORNER
Günstige Bezugsquelle
für Schuhwaren aller Art
Elbstraße 8 (Heinrichsplatz)

Siegfried Heinemann, Putz, Manufaktur- und Wollwaren. Elbstraße, am Heinrichsplatz.

Musikhaus Gustav Häßler
Martinstraße 1 / Musik-Instrumente aller Art / Saiten / Musikalien

Molkerei Meißen
e. G. m. b. H.
Robert-Kurtz-Straße 7

Fell-Einkauf
RICHARD HEMPEL
Burgstraße 8

Curt Broschwitz, Kaiserstraße 6
Lederwaren — Polstermöbel

F. W. BIER
Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Hahnemannsplatz 12

MEISSNER RADIO-ZENTRALE
Leipziger Straße 39 · Telephon 1089
Führend in allen Neuheiten
Apparaten — Bestandteilen — Zubehör

Milchversorgungs-Anstalt
Arthur Haferkorn, Hohlweg 5/6

Optiker Wagner
Elbstraße 25
Krankenkassen-Brillen / Photo-Artikel

Bettfedern-Reinigung mit elektrisch. Betrieb
MARIA STEINER, Plossenweg 2

Anna Heller Nachf. Max Heinrich
Burgstraße 13
Fischhandlung - Kolonialwaren

GROSS- UND KLEIN-ZSCHACHWITZ

Bier-Großhandlung Max Zschoke
Zschachwitz, Simonstr. 15 / Tel. Niedersedlitz 2885
Flaschen- und Faßbier

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder, sämtl. Ersatzteile und Reparaturen
MAX RIEPER, Pirnaische Landstraße 14

KLIEMANN'S SCHUHHAUS, Putjatinstraße 2
in Preiswürdigkeit unerreicht

Kaufhaus Günther
Pirnaische Landstraße 12

Milch- u. Butterhandlung
F. Vollmann

Adler-Drogerie
Eugen Thömel, Putjatinplatz

LOBAU

KARL EISNER
Konfektionshaus
Fernspr. 2346 / Nicolaistraße 8

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
EMIL SCHRAMM
Altmarkt 13

Linda Koban
Lebensmittelhaus, Hausenstraße 8

Fritz Weiß, Feinbäckerei
Mathildenstraße 20

Lebensmittelhaus
Billigste Bezugsquelle
R. Höhne, Weißenberger Straße 5

Hamburger Kaffeelager
Emil Steuer, Thome & Garrs Niederlage
Bahnhofstraße 5

MAX KRETSCHEL
Carolastraße 9
Fleisch- und Wurstwaren

LEBENSMITTEL
E. Jähne, Carolastraße 17

Kaufhaus Lachmann
Nicolaistraße 2
Kinderbekleidung / Wäsche
Wollwaren / Tapisserien

Chemnitzer
Strumpf- und Wollwarenhaus
Zittauer Straße 16

HERMANN GOLDBERG
BROT- UND FEINBÄCKEREI
Reichsplatz 1

BRUNO SCHRAMM
Eisen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Haushaltungsartikel

Schirme, Stöcke, eigene Reparaturwerkstatt
E. GUNTHERS NACHF.
Zittauer Straße 2

RICHARD NEUMANN
Nicolaistraße 5
DAMEN-WÄSCHE / GARDINEN

Putz- u. Pelzgeschäft Vize
Neustadt, Carolastraße 11

Paul Moosdorf
Zigarren / Zigaretten
und Tabakwaren
Zittauer Straße 19

M. FARAK, Bautzner Straße 3
Manufakturwaren
Fernsprecher 2596

Huthaus Lachmann
Bahnhofstraße 29

Erich Prasse
Konfektion und Textilwaren
Hauptstraße 9

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
MAX KONRAD
Aeußere Bautzner Straße 8

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kurt Kurze, Bahnhofstraße 30

Für den Winterbedarf:
OLIVA'S SCHUHWAREN-LAGER
Bautzner Straße, Ecke Spreegasse
Filzschuhwaren in großer Auswahl

Zigarren und Tabakwaren
Kurt Teich, Rathausladen

ZITTEL-FRIEDERSDORF

Hans Wollmann
Fahrräder und Reparaturwerkstatt
landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte

Ernst H. Leubner
Materialwaren

ALFRED WOLLMANN
Kretscham, Fleischerei

Max Rother
Brot- u. Feinbäckerei / Materialwaren

Josef Scheufler
Brot- und Weißbäckerei

Reserviert!

SEIFHENNERSDORF

Hermann Stolle
Schuhmacherei u. Schuhlager

Materialwaren
Ernst Stübner, neben der Gaststätte

S. Schmidt Spezialgeschäft für Photos und mechanische Spielwaren
Seifhennersdorf

Alfred Schönberner
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Hermann Zenker
Bäckerei u. Materialwaren

GROSS-RÖHRSDORF

Joh. Kriebel
Groß-Röhrsdorf
Elegante Herren-Kleidung
fertig und nach Maß
Verkauf für Bischofswerda
bei Georg Lotze, Waldeck 56

Strick- und Wollwarenhaus **Ewald Seni**

RESTAURANT ZUR GARKÜCHE
hält sich zum werten Besuch herzlichst empfohlen. Robert Rödler und Frau. Versammlungslokal der KPD Seifhennersdorf.

Max Moritz / Materialwaren
gegenüber der Dampfsäge Zimmermann

Kurt Dießner, Seifhennersdorf
Schnittwaren u. Damen-Konfektion

Edmund Fröhlich, Seifhennersdorf
Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt

Bruno Ohmann
Lebensmittel, Zigarren, Zigaretten

RADEBERG

Kaufhaus Wernicke
bekannt beste Bezugsquelle

Schuhhaus Baum
Beste Einkaufsquelle für Schuhwaren

Warenhaus Henberg / Radeberg

ERWIN WEBER
Ballhaus „Zur Krone"

Hermann Luh / Seifhennersdorf
Lichtbildwerkstätte

Berta Marschner, Rentschstraße 127
„Gasthof zur Krone" / Spezial-Mittagstisch

OTTO BAIER, Friseur
Spezialität: Bubikopfe

Paul Mathias
Fleischerei und Wurstfabrik

KAMENZ

Trinkt Bier
der
Kamenzer Brauerei!

M. Hesse Inh. Kurt Benad
Herrenstraße 5
Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Bett-, Haus- und Küchenwäsche

Restaurant Schloßberg / Kamenz
Vereinslokal der NSDAP

MEISSEN a. E.

Bett-, Leib- u. Tischwäsche eigener Fabrikation
Trikotagen / Wollwaren / Inlette / Bettfedern
Wäsche-Klimt, Rathenaustraße 8

HEIDENAU

F. H. Lehmann
Schloßstraße 2

Bäckerei / Konditorei / Café
Täglich frische Waren aller Art
Geöffnet bis 1 Uhr nachts
Ewald Benak und Frau, Pirnaische Straße 44

OTTO MARSCHNER, Königstr. 66
Frucht-, Gemüse-Konserv., Fleischwaren, Oberdiner

DIPPOLDISWALDE

HUGO HICKMANN
Restaurant und Fleischerei
Schuhgasse 102

RICHARD ZIMMERMANN
Kohlen- und Holzhandlung, Braubot 305

ZSCHACHWITZ

Schnitt- u. Kolonialwaren
W. O. Göhrmüller
Niedersedlitzer Straße 30

COSWIG

Saxonia-Lichtspielhaus
Coswig
Dienstags u. Freitags neuer Spielplan

FREITAL-POTSCHAPPEL

Inlett, Bettfedern, Tisch-, Leib- und Bettwäsche empfiehlt
Manufaktur-Warenhaus
Albert Jursch, Coschützer Str. 27

RADEBERG

Zigarrenhaus Pusch
Oberstraße 3

Strumpf- und Wollwarenhaus
Hermann May
Markt 10

RADEBURG

KARL EICHLER
Woll- und Baumwollwaren, Filzwaren, Bettfedern

BERNSTADT

RICHARD GUNZEL
KOLONIALWAREN, DELIKATESSEN
ZIGARREN UND ZIGARETTEN

Oswald Weißbach
Woll-, Weiß- und Schnittwaren

KLEINSCHÖNAU

Fahrräder — Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
P. BAUMERT

REIBERSDORF

Fahrräder — Motorräder
Nähmaschinen — Elektrobedarf
F. HAUSER

ZITTAU

Reserviert

POLSTER-MÖBEL
Neu- und Umarbeitung
P. Gäbler, Zittau, Breite Str. 35

JULIUS SCHÖNE
Lindenstraße 14
MATERIALWAREN-GESCHÄFT

Robert Fleischer Theaterstr. 15 Tel. Zittau 2739
Bedarfsartikel für Schuhmacher und Sattler

Fleischerei Domske Nachf. empfiehlt seine preiswerten Fleisch- u. Wurstwaren. Inh. Richard Clemens, Breite Str. 39

Schuhwaren! Für jedermann das richtige
Schuhwaren-Haus Zittau
Aeußere Weberstraße (früher Zittauer Bierhalle)

Bruno Lindenau, Brot- und feine Weißbäckerei, Aeußere Weberstraße 38

Reserviert!

Ernst Marschner
Brot / Weißbäckerei / Schlüterbrot